

# Der Steinarbeiter

Wochenzeitschrift des Zentralverbandes der Steinarbeiter Deutschlands

Erscheint wöchentlich am Sonnabend. — Bezugspreis vierteljährlich durch die Post 3 Mark. — Eingetragen in der Reichs-Postliste unter Nr. 7528. — An Nichtverbandsmitglieder wird die Zeitung unter Kreuzband nicht versandt.

Schriftleitung und Versandstelle in Leipzig  
Gerberstr. 11V Viktoriahotel. Fernruf 7503

Schluss des Blattes: Montags, mittag 12 Uhr. — Die Anzeigengebühr beträgt für die dreispaltige Kleinzeile 2 Mark. — Anzeigen werden nur bei vorheriger Einsendung der Kosten aufgenommen. — Rabatt wird nicht gewährt.

Nr. 24

Sonnabend, den 11. Juni 1921

25. Jahrgang

## Lohnbewegungen.

Zur Beachtung! Notizen unter dieser Rubrik werden nur dann jede Woche wiederholt, wenn der Schriftleitung bis spätestens Montag früh entsprechende Mitteilung vorliegt.

Jedes Verbandsmitglied hat bei Arbeitsangeboten nach den unten genannten Orten unter: „Sperr-, Streif-, Zugzug fernhalten“, in jedem Fall Erkundigungen von der Ortsverwaltung der betreffenden Zahlstelle einzuholen. Wer das unterläßt und ein Arbeitsverhältnis nach diesen Orten eingeht, stellt sich außerhalb des Verbandsrahmens und kann ausgeschlossen werden.

### Gesperret:

Grabsteingeschäft Reiner, Augsburg-Persee. Krieg bei Breslau (die Betriebe G. Wildner und Erlich). Firma Kubenß, Kallberge (Müdersdorf). Der Pflastersteinbetrieb Oberbettingen (Eifel). Der im Christl. Verband organisierte Geschäftsführer sucht in der Pfalz nach willigen Arbeitskräften.

### Streif:

In Essen (Steinwerke Jaminet). In Schleiz (Firma Aug. Hebel Nachfolger). In München. In Süplingen (Schotter- und Pflastersteinarbeiter). In Döberitz und Umgebung. In Breslau (Firma Heidler u. Wimmel).

Im Leunawert h. Halle sperren die Bauarbeiter sämtliche Bauarbeiter aus, weil die Bauarbeiter in einigen Orten der Provinz Sachsen sich der Lohnauffassung der Arbeitgeber nicht anschließen. Der Steinmetzmeister Schenker aus Leipzig macht diesen „Krieg“ mit und sperret auch die Steinmetzen, die im Leunawert beschäftigt sind, aus. In Gommern sperret die Firma Louis Schröder unsere Kollegen aus, weil sie sich weigerten, den Betriebsrat abzusetzen.

### Zugzug ist fernzuhalten:

Außer den genannten Orten unter Sperr- und Streif nach Pöthen, Saalfeld, Rudolstadt u. Umgebung, Naumburg, Sa. Horn; nach Schreiberhau (Niesengeb.), Breslau, Stuttgart, Bezirk Ostfriesland und Pöppelburg.

Hinzingen bei Bretten. Im Steinbruch- und Schotterwerkbetrieb der Firma Wilhelm Wüchler wurden sämtliche Kollegen entlassen, weil der Unternehmer sich einem Schiedspruch nicht unterwerfen wollte.

Ausland. Die Firma Stöcker in Aulau (Elsaß) ist unbedingt zu meiden. Unseren Kollegen ist überhaupt von Arbeitsangeboten nach dem Elsaß dringend abzuraten.

### Erlebte Bewegungen.

Frankfurt a. d. Oder. Streif beendet. Erfolg: Lohnerrhöhung 10 Prozent. Eine einmalige Beihilfe für Verheiratete 40 M., Witwe 30 M. Außerdem im Lehrlingslohnwesen eine kleine Besserung.

## Ein Jahr Betriebsrätegesetz.

Von E. L. Körpel.

Im Weltkrieg war von beiden militärischen Gegenparteien die Aufklärung bis zur höchsten Vollenbung ausgebaut worden. Natürlich nicht etwa die Aufklärung über Entsetzen, Zweck und Sinn des Weltkrieges, wie sie in Deutschland in Form des sogenannten „vaterländischen“ Unterrichts betrieben wurde, der an geistiger Primitivität nichts zu wünschen übrig ließ, sondern die Aufklärung über das Kampfgelände und über die Art und Zusammenfassung des Gegners war eine der Hauptforderungen militärischer Kunst. Das Kampfgelände, die Verteidigungsanlagen des Gegners wurden bis in die kleinsten Einzelheiten zu ermitteln versucht, welche Formationen als Gegner gegenüberstanden, suchte man ebenfalls schnellmöglichst zu erkunden. Von allen gemerischen Formationen war nach Möglichkeit chronologisch zusammengestellt, an welchen Kämpfen dieselben teilgenommen und welche Erfolge oder Mißerfolge die Truppe zu verzeichnen hatte.

Es wird nun mit dieser Einleitung nicht etwa beabsichtigt, das Betriebsrätegesetz in unmittelbarem Zusammenhang mit dem Weltkrieg zu bringen, wenn sich auch viele mittelbare Zusammenhänge ohne weiteres nachweisen ließen, sondern es soll nur dargelegt werden, daß gewisse grundlegende Notwendigkeiten erfüllt sein müssen, um überall im menschlichen Leben einen Erfolg zu garantieren und eine solche grundlegende Notwendigkeit nicht nur in militärischer, sondern auch in wirtschaftlicher Beziehung ist die Tatsache, daß man eine Gegenpartei nur überwinden kann, wenn man ihre innere Organisation, ihre Stärke und die Art ihrer Tätigkeit ganz genau kennt. Diese grundlegende Notwendigkeit ist infolgedessen nicht nur von den Militärs, sondern auch von den Unternehmern national und international längst restlos erkannt worden.

Es ist in weitesten Kreisen der Arbeitnehmer jedenfalls nicht genügend bekannt, in welcher Weise z. B. die deutschen Arbeitgeber organisiert sind. Daß tausende von Arbeitgeber-Vereinigungen existieren, welche alle mit sehr großen finanziellen Mitteln arbeiten, daß diese Arbeitgeberorganisationen wieder in Spitzenorganisationen zusammengeschlossen sind, die insgesamt mehr Arbeiter beschäftigen, als freigewerkschaftlich organisierte Arbeitnehmer in Deutschland vorhanden sind, dürfte wohl sehr vielen Arbeitnehmern nicht in ausreichender Weise klar sein. Ganz anders ist es bei den Arbeitgebern, welchen in der Arbeiterbewegung nichts zu nebensächlich oder gering erscheint, daß sie nicht versuchen würden, seine Zusammenhänge aufs genaueste zu verfolgen und zu studieren.

An der Art und Weise, wie die einzelnen Teile der Arbeiterbewegung in den Zusammenkünften der Unternehmer und in der Unternehmerpresse behandelt und diskutiert werden, kann man sehr gut erkennen, welchen Wert die Unternehmer den einzelnen Teilen der Arbeiterbewegung beimessen.

Es gibt nun keine Tageszeitung der Unternehmer, welche sich nicht mindestens wöchentlich und fast keine Fachzeitschrift des Arbeitgeberturns, welche sich nicht fast in jeder Nummer mit dem Betriebsrätegesetz und der Betriebsrätebewegung befaßt.

Es geht hieraus zweifellos die ungeheure Wichtigkeit hervor, welche die Unternehmer diesem Teil der Arbeiterbewegung beilegen. Wir sollten diese Tatsache sehr beachten und unsererseits die entsprechenden Schlüsse hieraus ziehen.

Die „Deutsche Bergwerkszeitung“ bringt in ihren Nummern vom 11. und 12. Mai 1921 zwei Artikel ihres ständigen Mitarbeiters Jos. W. in Schuch, Düsseldorf, unter der Überschrift: „Ein

Jahr Betriebsrätegesetz“. Es würde nicht richtig und unserer eigenen Bewegung nicht sehr förderlich sein, wenn man diesen Artikel unbeachtet lassen würde. Auch kann unumwunden zugegeben werden, daß die Beobachtungen dieses Mitarbeiters des Unternehmertums von einer außerordentlichen Beobachtungsgabe und großer Sachkenntnis Zeugnis ablegen.

Aus diesem Grunde soll auf den Inhalt der beiden Artikel etwas näher eingegangen werden. Einmal wird festgestellt, daß das Unternehmertum sich gegenüber dem Betriebsrätegesetz zur Abwehr genötigt sah. Diese Abwehr bestand in „eifriger Selbstaufklärung über den Gesetzesinhalt, insbesondere das Höchstmaß der Arbeitgeberpflichten, in planvoller Bewertung günstiger Ergebnisse der Rechtsprechung auf diesem Gebiete, sowie in der Vereitelung der gegnerischen Versuche, die gesetzlichen Rechte der Räte auf privatrechtlichem oder tarifvertraglichem Wege zu erweitern.“

Es ist nun interessant und für uns auf Arbeitnehmerseite auch eine Genugtuung, daß unsere Abwehr gegenüber dem Widerstand des Unternehmertums auf der genau gleichen Grundlage aufgebaut war, und daß insbesondere gerade jetzt in dieser Beziehung von uns durchaus planmäßig und auch mit Hochdruck gearbeitet wird. Wir sind also auf dem richtigen Wege, das mögen diejenigen aus unseren Reihen, denen „der Prophet in seinem Vaterlande nichts gilt“, nunmehr von Arbeitgeberseite bestätigen lassen.

Es wird weiter festgestellt, daß vor dem Kriege die Gewerkschaftspresse die wirtschaftlichen Fragen zugunsten des Arbeitsrechts und der Sozialpolitik bernachlässigt habe. Demgegenüber folgt sodann die weitere Feststellung, daß nunmehr mit der Zusammenfassung der Betriebsräte durch die freien Gewerkschaften hierin eine Aenderung eingetreten sei. Man würde jetzt allenthalben in der Gewerkschaftspresse Aufsätze über Kalkulation, Bilanzkunde, Wirtschaftstatistik, Transaktionen der Banken, Börsenpolitik usw. zahlreich systematisch abgedruckt finden. Es heißt dann wörtlich:

„Ob allerdings der geistige Verbrauch dieser umfangreichen schriftstellerischen Produktion entspricht, ist stark zu bezweifeln. Die im politischen wie gewerkschaftlichen Leben stehenden Arbeitnehmer sind in den letzten, den Entzweijahren der Revolution, an großzügig anmutende, ideell durchleuchtete und sensationelle Bewegungen sowie scharf umrissene Programmativität zu sehr gewöhnt und der hingebenden zähen Kleinarbeit, dem mühsamen Weiseln an sich selbst, sozusagen dem Sozialisieren des eigenen Ich, zu sehr entwöhnt worden. Zwar flutete das Volkshochschulwesen, sowie die demokratische Forderung der Teilnahme jedes einzelnen am öffentlichen Leben vorübergehend eine starke und impulsive Welle von Wissenshunger über breite Schichten. Sie flautete aber deutlich, fast statistisch feststellbar, ab, als die Sensation des Beginnens verblüht und das wirkliche Sinecquien in die Bildungsarbeit, wahrhafte Treue zum gesteckten Ziel, verlangt wurde.“

Es dürfte wohl nur wenige sogenannte „Gewerkschaftsbongens“ geben, die nicht daselbst ihren Vitalitern tausendfach gesagt haben. Es gibt aber auch andererseits viele Tausende unserer Kollegen, bei denen es eines solchen Hinweisens nicht bedurfte und welche die Feststellungen des Arbeitgeberfachmannes nur veranlassen werden, jetzt desto intensiver auf dem einmal beschrittenen Wege zu beharren. Dann macht sich der Verfasser noch lustig über das „politische Rätesystem a la Comjeto-Nuzland“ und bezeichnet diese Bestrebungen einzelner Betriebsräte auf die Dauer nicht als das Gefährlichste. Andererseits wendet er sich jedoch mit allem Ernst der von den freien Gewerkschaften seit je vertreteneren Klassenkampfese und bemüht sich frambsthaft nachzuweisen, daß die Bekämpfung der Unternehmer als Klasse durch die Arbeitnehmer als Klasse doch nicht das Richtige sei und man vielmehr zu Arbeitsgemeinschaften in miniature im Betriebe kommen müsse. „Wiederbelebung und Pflege der Standesidee, Kräftigung des berufständigen Gedankens“ soll nach dem Verfasser an die Stelle des Klassenkampfes treten. Die Arbeitnehmer werden demgegenüber genau wissen, welchen Weg sie zu gehen haben.

Heute kann von Arbeitnehmerseite festgestellt werden, daß die Betriebsrätebewegung sich nunmehr im ganzen Reiche nach einheitlichen Gesichtspunkten innerhalb des Rahmens der freien Gewerkschaften abspielt. Ungeheuer ist die Arbeit, die geleistet wurde und zur Zeit geleistet wird. Ungeheuer viel mehr hätte allerdings schon getan werden können, wenn sich in der Betriebsrätebewegung nicht gerade zu der Zeit, wo die Unternehmer sich restlos zusammengesprochen haben, Abspaltungstendenzen geltend gemacht hätten. Doch auch diese Spaltwille sind heute im Absterben.

Das Betriebsrätegesetz (sei es gut oder schlecht) enthält das Prinzip der Mitbestimmung und Einwirkung der Arbeitnehmer auf die Wirtschaftsführung und den Einzelbetrieb. Man sollte Nebenarten, wie: „Das Betriebsrätegesetz taugt nichts“, endlich in einer Riste verpackt in die dunkelste Ecke der revolutionären Requisitionskammer verkaufen; denn derartige ständige Feststellungen innerhalb unserer eigenen Reihen nützen uns gar nichts und bringen uns nicht vorwärts.

Aus radikalem und auch aus berufenem Munde ist in einer schwierigen Situation der Satz geprägt worden, „daß man die deutsche Republik mit Klauen und Nähen verteidigen müsse“. Mit den gleichen Waffen ist von den Arbeitnehmern unter Zuhilfenahme alles Mutterwises und Geistes auch das Betriebsrätegesetz zu verteidigen, restlos auszunutzen und auf dieser gefunden Grundlage weiterbauend auszugestalten und zu erweitern.

Die jahrzehntelange Tätigkeit derjenigen, welche die Arbeiterbewegung unter großen Opfern hochgebracht haben, die Millionen von Volksgenossen, welche in allen Teilen der Welt der kühle Rasen bedeuten, sind es letzten Endes gewesen, die der jetzt lebenden Generation das Betriebsrätegesetz beschert haben, und so gilt für uns das Wort unseres größten deutschen Dichters: „Was du ererbt von den Vätern hast, erwirb es, um es zu besitzen!“

Wenn wir dies beherzigen, werden die Mächenschaften der Arbeitgeber auf die Dauer nach den Worten desselben Dichters nichts weiter sein können als „ein Teil von jener Kraft, die das Böse will und das Gute schafft!“

## Arbeitslosigkeit in der Steinindustrie Schlesiens.

Zu dem Artikel in Nr. 21 erhalten wir unter Berufung auf das Preßgesetz von dem Rechtsvertreter der Firma C. F. Lehmann, Striegau, nachstehende Berichtigung:

„Es ist unrichtig, daß der Inhaber der Firma C. F. Lehmann ein Protokoll unterschrieben hat, in dem die Behauptung zugegeben ist, daß die Einschränkungen in dem Betriebe der

Striegauer Steinindustrie auf Grund eines Beschlusses des Arbeitgeberverbandes stattfänden.“

Nach den von uns eingezogenen Erkundigungen ist die Nichtigstellung begründet. Leider ist durch ein Versehen unserem Gewährsmann eine Namensverwechslung unterlaufen. Nicht das Protokoll einer Betriebsratsitzung bei der Firma Lehmann wurde von dem Firmeninhaber unterschrieben, sondern ein solches von der Betriebsratsitzung bei der Firma A. Weiß, und zwar von deren Bevollmächtigten. An der Sache selbst wird durch die bedauerliche Namensverwechslung jedoch nichts geändert.

## Zum Baugewerksbund.

Zur Feststellung des gegenwärtigen Standes der Vorarbeiten zur Gründung eines alle Organisationen des Baugewerbes und der Baustoffindustrien umfassenden Bundes hatten sich am 2. Juni auf Einladung des Bauarbeiterverbandes die Vertreter der Asphaltreue, Dachdecker, Glaser, Maler, Steinarbeiter, Steinseher, Töpfer und des Polierbundes zusammengefunden. Von einer Einladung der Fabrikarbeiter, der Holzarbeiter und des Bundes der Technischen Angestellten war Abstand genommen, weil diese Organisationen eine Beteiligung an dem Projekt bereits abgelehnt hatten, während der gleichfalls nicht eingeladene Metallarbeiterverband mit der Abgabe der in Betracht kommenden Berufsgruppen für den Fall des Zustandekommens des Bundes einverstanden ist.

Paplow (Bauarbeiter), der Vater des Bundesgedankens, leitete die Besprechung ein mit der Versicherung, daß keinerlei „imperialistische“ Motive mitgewirkt hätten, d. h. die Vormacht des Bauarbeiterverbandes durch Auffaugung aller einschlägigen Verbände herbeizuführen, sondern lediglich das Bestreben, die baugewerblichen Organisationen umzustellen auf die Sozialisierung. Durch das Scheitern der beabsichtigten organisatorischen Zusammenfassung der Hand- und Kopfarbeiter, sei dem Bunde allerdings eine wichtige Stütze entzogen, doch könne auch so noch eine gewaltige Körperkraft zustande kommen, welche umfände sei, allen Zukunftsstürmen zu trotzen. Die dem Problem entgegenstehenden Schwierigkeiten würden auch von ihm erkannt und gewürdigt. Die Selbständigkeit der Berufsgruppen solle im Bunde gewahrt werden, soweit Demokratie und Selbstbestimmungsrecht sich vereinbaren lassen. Er gebe zum letztenmal den Anstoß zur Gründung des Bundes und wünsche ein klares Ja oder Nein der anwesenden Vertreter, um die sich hieraus ergebenden Konsequenzen ziehen zu können.

Streine (Maler) rät, das Zustandekommen des Bundes nicht zu überlassen, sondern mehr der freien Entwicklung zu überlassen. Es sei nicht ratsam, die Sozialisierung in den Vordergrund zu rücken, nachdem mit den Genossenschaften nicht immer die besten Erfahrungen gemacht seien. Die jegliche Selbständigkeit der einzelnen Verbände könne nach dem Zusammenschluß beim besten Willen nicht aufrecht erhalten werden. Eine klare Antwort auf die gestellte Frage könne erst gegeben werden, nachdem sich der Verbandstag entschieden habe.

Schönfelder (Zimmerer) hält sich an die Beschlüsse seines Verbandstages gebunden, auf welchem ein Aufgeben der Berufsorganisation abgelehnt wurde. Auch hätten sie unter dem Gesichtspunkt der Sozialisierung noch nicht Stellung genommen, was also noch geschehen müsse.

Winkler (Steinarbeiter) wies auf den geringen Zusammenhang hin den die Steinindustrie infolge des Zurückgehens des Steinmehrgewerbes mit dem eigentlichen Baugewerbe hat. Von 12 000 Steinmetzen seien nur ca. 3000 vorübergehend, also nicht ständig mit Bauarbeiten beschäftigt, und von diesen höchstens 1000 am Bau selbst, als Verseher usw. Hochgegriffen kämen daher kaum 2 Prozent der Mitgliedschaft (46 000) als direkte Bauarbeiter in Frage. Das Gros der Steinmetzen verteilt sich auf die übrigen Fächer der weitverzweigten Steinindustrie, hauptsächlich auf das Grabmalgewerbe. Für den Wegebau, nicht im, sind ca. 17 000 Schotter- und Pflastersteinarbeiter tätig, auch sie kommen mit den eigentlichen Wegbauarbeitern, den Steinsehern wenig oder gar nicht in Berührung. Beide, der Steinseherverband und der Steinarbeiterverband, sind in sich abgeschlossene Berufe, und hat letzterer alle Berufe der Steinindustrie, mit Ausnahme der Steinbildhauer und Steinseher, in sich aufgenommen, bilde also einen regelrechten Industrieverband, der bisher allen an ihn gerichteten organisatorischen und finanziellen Anforderungen gerecht geworden sei. Wenn trotzdem, wie aus den Versammlungsberichten und sonstigen Äußerungen ersichtlich sei, ein großer Teil der Mitglieder für das Aufgehen im Baugewerksbund oder doch im Bauarbeiterverband begeistert ist, so deshalb, weil er durch die Größe des Projektes geblendet und bezaubert ist. Diesem Teil der Mitglieder schwebt als unmittelbare Folge des Zusammenschlusses vor Augen: höhere Lohn, höhere Unterhaltung, niedrigere Beiträge. Die Begeisterung beruht meistens auf falschen Voraussetzungen und wird ins Gegenteil umschlagen, wenn sich die Hoffnungen nicht erfüllen. Diese können sich aber nicht schneller als in der bisherigen Organisation erfüllen, weil durch die bloße Uebernahme der Produktion (Sozialisierung) keine Produktionssteigerung eintritt, und nach wie vor für die Gestaltung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse Angebot und Nachfrage ausschlaggebend ist. Auch sei zu befürchten, daß durch die Festlegung großer Summen in der Produktion den Gewerkschaften die Mittel zur Erfüllung ihrer bisherigen Aufgaben beschränkt bzw. entzogen werden, wodurch eine Schwächung der Verbände eintreten würde, die durch die infolge der Uebernahme von Partei- und Genossenschaftsaufgaben eintretende Ueberlastung der Gewerkschaften noch gesteigert würde. Für die Sozialisierung trete auch er ein, jedoch dürfe sie nicht auf Kosten der Gewerkschaften erfolgen. Die bisherige Dreiteilung der Arbeiterbewegung, Gewerkschaften, Genossenschaften und Partei, solle beibehalten werden, natürlich unter besserer gegenseitiger Unterstützung als bisher. Die Ueberpannung der Kräfte sei ebenso schädlich, wie die Zersplitterung derselben. Statt des organisatorischen Zusammenschlusses sei eine Kartellierung der in Betracht kommenden Verbände mit den gleichen Zielen unter Aufrechterhaltung ihrer Selbständigkeit zunächst angebracht, woraus sich später eine festere Form entwickeln könne.

Ellinger (Bauarbeiter) verweist auf die Ueber einstimmung der Maler und Steinarbeiter, nach welcher die Sozialisierung kein Grund sei zur Gründung des Baugewerksbundes. In längeren interessanten Ausführungen sucht er den Nachweis zu erbringen, daß die Gewerkschaften berufen seien, die Sozialisierung durchzuführen, weil der Staat versagt habe.

Thoma (Dachdecker) meint, daß der Bundesverband ansehnlich hinfällig geworden sei, nachdem äußerst wichtige Gruppen ihre Mitarbeit versagen, vor allen Dingen die Kopfarbeiter, deren gemeinsames Wirken mit den Handarbeitern das Fundament des Bundes bilden sollte. Es bliebe nur noch die Verschmelzung mit dem Bauarbeiterverbande übrig, für welche er jedoch nicht eintreten könne, obgleich er ein von glühender Begeisterung befehlter Förderer des Bauarbeiterverbandes sei.

Paplow befürchtet in bezug auf die Übernahme der Produktion (Sozialisierung) keine Festschläge. Mit der von Winkler empfohlenen Verbeibehaltung der Dreiteilung können wir nicht weiter. Eine diesbezügliche Aenderung der Richtlinien des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes müsse erfolgen.

Schulte (Kohlerbund) wünscht zunächst die Herbeiführung eines Kartellverhältnisses.

Schenke (Steinzeher) ist ebenfalls für Abschluß eines Kartellvertrages. Ein geschlossener Uebertritt zum Bauarbeiterverband sei nicht zu erwarten.

Lothar (Töpfer), ein eifriger Befürworter des Bauarbeiterverbandes, ist enttäuscht über das bisherige Ergebnis. Er hofft, daß die in den Berufsverbänden sich äußernde Unzufriedenheit der Mitglieder im Bunde schwinden wird.

Otto (Bauarbeiter) stellt in Frage, ob einzelne Berufsverbände überhaupt noch Aufnahme im Bauarbeiterverbande finden sollen, wenn der Bauarbeiterbund nicht zustande kommt. Die notwendig werdende Umstellung des Organisations- bzw. Verwaltungsapparates würde sich nicht rentieren.

Paplow befaßt in seinem Schlußwort diese Frage. Die Kartellverträge hätten sich bisher nicht bewährt und würden wohl auch in Zukunft keine Beachtung finden. Er erachtet die Anwesenheit, ihre Bedenken zu lassen und sich den Gründen der Befürworter des Bauarbeiterverbandes anzuschließen. — Darauf wird die Angelegenheit vertagt, bis sämtliche Verbände auf ihren Verbandstagen, deren einige erst im nächsten Jahre stattfinden, eine endgültige Entscheidung herbeigeführt haben.

Inzwischen haben alle Anhänger des Bauarbeiterverbandes, der Verschmelzung mit dem Bauarbeiterverbande und die Förderer der Sozialisierung des Baues, zu denen wohl alle Mitglieder unseres Verbandes gerechnet werden können, Gelegenheit, ihren Sozialisierungseifer praktisch zu betätigen durch Erwerbung von Anteilscheinen der dem Verbande der Sozialen Baubetriebe angeschlossenen Bauhütten (Baubetriebe auf genossenschaftlicher Grundlage).

## Gewerkschaftliche Bildungsaufgaben.

H. M. Am Staatswissenschaftlichen Institut der Universität Münster wurde vor einigen Wochen der zweite Kursus über Betriebslehre für Gewerkschaftler beendet, und fast in dieselbe Zeit fällt die Eröffnung der Arbeiterakademie in Frankfurt am Main. Die Erfüllung der Bildungsaufgaben der Gewerkschaften ist damit in ein neues Stadium getreten. Bei diesen beiden Einrichtungen handelt es sich um eine sogenannte Spitzenausbildung, also um eine Ausbildung von ausgesuchten und qualifizierten Arbeitern, die befähigt sind, das im eifrigen und angestrengten wissenschaftlichen Studium Erlernte einem größeren Kreis ihrer Berufskollegen oder Genossen weiterzugeben. Die Früchte werden also erst nach einem gewissen Zeitraum der Allgemeinheit zugute kommen. In der Arbeiterbewegung ist das Bedürfnis, in die durch die neuen Zeitverhältnisse entstandenen, zum Teil neuen, zum Teil erweiterten Aufgaben einzudringen, sehr lebhaft in Erscheinung getreten.

## Vom Deutschen Tuberkulosekongreß.

Ein für die Arbeiterschaft wichtiges Thema behandelte Dr. Roelsch (München), Ministerialrat und bayerischer Landes-Gewerbearzt. Bekannt durch seine früheren Darlegungen der Berufsschäden im Maler- und Lackierergewerbe und im keramischen Buntdruck (Jahresbericht der Bayerischen Gewerbeaufsichtsbeamten 1919). Dr. Roelsch war Berichterstatter über Tuberkulose und Arbeit, er begründete folgende Leitätze:

1. Die Beziehungen zwischen Tuberkulose und Arbeit sind außerordentlich vielfältig, teils direkter Art (Arbeitsleistung an sich, in geschlossenen Räumen, in Zwangshaltung, Einwirkung abnormer Temperatur, von Staub und Giften), teils indirekter Art (Arbeitslohn, bzw. die davon abhängige Lebenshaltung, Lebensgewohnheiten).
2. Bei Erörterung dieser Beziehungen sind „kindliche Infektion“ und „späte Infektion“ auseinanderzuhalten.
3. Die meisten in Gewerbe und Industrie eintretenden jungen Leute sind als tuberkulös infiziert anzusprechen. Treten hierzu Berufsschädlichkeiten, die entweder eine allgemeine Schwächung des Organismus oder eine örtliche Schädigung der tieferen Luftwege verursachen, so ist ein Aktivwerden der bisher latenten Tuberkulose leicht möglich.
4. Aber auch später wird eine Infektion durch einen bazillenhaltigen Arbeitsgenossen und dergleichen erleichtert durch ungünstige Arbeitsräume, durch gewerbliche Schädigung des Gesamtorganismus oder insbesondere der Luftwege.
5. Besondere Beachtung verdient in dieser Beziehung die Staubfrage. Die hohe Anfalligkeit gewisser Staubberufe ist erwiesen; hinsichtlich der Gefährlichkeit der einzelnen Staubarten sind jedoch noch weitere Untersuchungen nötig. Im allgemeinen sind Staubinfiltrationen des Lungengewebes sehr weit verbreitet, wenn auch die schweren Pneumoniosen mehr und mehr verschwinden. Die in den Staublungen eintretenden Gesebes- und Zirkulationsveränderungen vermögen einerseits bisher latente Tuberkulose zu aktivieren, andererseits den günstigen Boden für eine Infektion zu schaffen.
6. Die Kenntnis von der großen Häufigkeit leichterer Grade von Staublungen scheint in der Praxis nicht so verbreitet zu sein, wie es ihrer sozialpathologischen Bedeutung entspricht. Für die Feststellung der Staublungen müssen Anamnese, Befund und Röntgenuntersuchung zusammen gemertet werden.
7. Bei der Bekämpfung der Tuberkulose in der Industrie muß die Staubbekämpfung an erster Stelle stehen. Auch die ärztliche Berufsberatung aller Schulentlassenen und die periodische ärztliche Untersuchung der Staubarbeiter ist zu fordern. Offene Tuberkulose sind aus den allgemeinen Arbeitsräumen zu entfernen. Neben den üblichen Maßnahmen der Fabrikhygiene darf die Wohnungsfürsorge in Verbindung mit gesundheitslicher Volksbelehrung nicht übersehen werden.
8. Vom ersten Verhandlungstage seien noch die Leitätze von Professor Dr. v. Wassermann (Berlin) erwähnt, der sie mit Geschick und Temperament vertrat.  
„Es gibt einen spezifischen Schutz gegen Tuberkulose, der aber, verglichen mit der Immunität gegen viele Erreger akuter Infektionen, quantitativ und zeitlich eng begrenzt ist. Bei diesem Zustand spielt das spezifisch-krante Gewebe eine besondere Rolle.  
Nach unseren heutigen Kenntnissen kommt eine Schutzimpfung gesunder Menschen als Maßnahmen zur Bekämpfung der Tuberkulose nicht in Betracht.  
Die Tuberkulinbehandlung ist keine immunisierende Behandlung im eigentlichen Sinne des Wortes; sie bedarf zu ihrer Wirkung des spezifisch erkrankten Gewebes.“  
Diese Leitätze werden von anderen Ärzten, die in der Tuberkulosebehandlung ebenfalls über große Erfahrungen verfügen, nicht als ganz richtig erkannt. Ueber die praktische Wirkung der Schutzimpfung gegen Tuberkulose gehen die Meinungen noch sehr auseinander. Die übrigen 5 Leitätze abzudrucken, müssen wir schon deshalb unterlassen, weil sie mehr den Arzt, den Wissenschaftler angehen, und meistens auch Fragen berühren, über die noch keine abschließende Erfahrung vorliegt.  
Der zweite Verhandlungstag war der „Behandlung der Tuberkulose mit besonderer Berücksichtigung der Kindertuberkulose“ gewidmet. 12 Vorträge waren vorzumerkt: Allgemeine Behandlung der Tuberkulose, die des Kindes-

alters, die Diagnose der Tuberkulose des Kindesalters, Ernährungsbehandlung, operative Behandlung, Sonnenbestrahlung, Klimatische Behandlung, Lungenherde bei Kindern, Röntgen- und Strahlenbehandlung, Erholungsfürsorge für Kinder. Ueber „Allgemeine Behandlung der Tuberkulose“ war als Vortragender Geheimrat A. Turban (Dabos) vorgemerkt, der jedoch infolge eines Wahnsfalls ausblieb. Seine Leitätze wollen wir jedoch zur Kenntnis bringen, da sie fast alles treffen, was nötig erscheint. Dabos ist bekannt als Luft- und Winterkurett für Lungenkranke, liegt im schweizerischen Kanton Graubünden und hat für Lungenkranke (die sich eine solche Kur leisten können) einen guten Ruf.  
„Die Allgemeinbehandlung der Tuberkulose des Erwachsenen ist eine diätetisch-hygienisch-klimatisch-pädagogische. Sie verlangt Ernährung, Luft und Licht, Schonung und Übung, Ueberwachung und Belehrung. Sie kommt als Prophylaxe in Frage und ist in jedem Falle, sobald Krankheits Symptome auftreten, angezeigt; sie bleibt auch bei Anwendung besonderer Heilverfahren die Grundlage der Therapie. Sie hat beim Erwachsenen ein größeres Indikationsfeld als die spezifische Behandlung, wir können mit ihr allein Heilungen nicht nur im klinischen, sondern auch im anatomischen Sinn erreichen, auch in schweren fortgeschrittenen Fällen. Frühzeitige Diagnose der Aktivität ist mit allen klinischen und experimentellen Mitteln zu erstreben, die Tuberkuloseforschung hat hier noch wichtige Aufgaben zu lösen. Die Eigenharnreaktion von Widal ist zur Entscheidung, wann in zweifelshaften Fällen die Behandlung zu beginnen, wann sie zu beenden ist, weiter nachzuprüfen.“  
In reichlicher Ernährung mit gemildeter Kost sollen Milch und Fett eine wichtige Stelle einnehmen, die Milch soll zugleich zur Ausschwemmung der Toxine dienen. Die schädlichen Folgen starker Ueberernährung sind übertrieben worden. Ein Kostmaß nach Kalorien ist wegen der individuellen Verschiebenheit der Ausnützung unmöglich. Alkohol ist ein Medikament für hochfieberhafte Kranke.  
Reine Luft ist ein Hauptmittel bei innerer sowie bei chirurgischer Tuberkulose; ihre ausgiebige Anwendung ist nur mit Hilfe der Freiluftliegeter möglich. Neben dem in der Behandlung der chirurgischen Tuberkulose wirksamen Licht der Sonne, das für die Lunge und andere innere Organe mehr individuelle Bedeutung hat, ist der Helligkeitsgrad des diffusen Tageslichts zu berücksichtigen.  
Schonung des toxisch geschwächten Gesamtorganismus und des kranken Organs wird bewirkt durch Ruhe, die im Anfang der Behandlung vorherrschend, bei Fieber besonders streng, wenn möglich bis zu dessen Ablauf, durchgeführt werden muß. Die Ueberleitung des Kranken aus der Schonung zur Übung, aus der Ruhe in die Bewegung ist eine Hauptaufgabe des Arztes. Übung wird durch abgemessenes Spazierengehen, auch Bergsteigen, und abgemessene gesteigerte Arbeit bewirkt, Übung und Abhärtung der Haut durch hydropathische Prozeduren. Klimatische Faktoren erleichtern die Anwendung der bisher genannten Kurmittel; Schonung und Übung zugleich schafft das Klima geschützter Hochgebirgstäler und Abhänge, die bei Windschutz, wirksamer Sonnenstrahlung und härterer Ortshelligkeit den Stoffwechsel und die Luftbildung anregen und zugleich Eiweiß sparen. Auch mittlere Höhenlagen, die die Eigenschaften des Höhenklimas in milderem Maße besitzen, sind nützlich, physiologische Höhenwirkungen sind schon bei 500 Meter über dem Meere nachgewiesen. Das Seeküstenklima ist wertvoll für chirurgische und für Drüsentuberkulose, für Lungentuberkulose nur mit Einschränkungen. Es gibt für viele Menschen ein klimatisches Optimum, das individuell verschieden ist; für eine erhebliche Zahl von Tuberkulösen liegt es in unseren Breitengraden zwischen 1400 und 1800 Meter über dem Meere.  
Die Behandlung in Tuberkulosekrankehäusern und Heilstätten ist am besten imstande, die Durchföhrung aller notwendigen Maßregeln mit Hilfe einer genauen Tageseinteilung zu erreichen; Waldaufenthalt, auch in besonderen Erholungsstätten, und offene Kurorte dienen zur Nachbehandlung.  
Die Chronizität und Infektiosität der Tuberkulose und der eigentümliche Charakter des Tuberkulösen verlangen Ueberwachung und Belehrung. Die psychische Behandlung ist von gleicher Wichtigkeit wie die symptomatische; der Kranke muß für sein Kranksein und für Heilung errogen werden. Je genauer der Arzt, im festen Rahmen der Anstaltsmethode individualisierend, seine Vorschriften erfüllt, um so besser sind die Erfolge.“

Seiner fehlt es fast überall an geeigneten Lehrkräften, die wirklich das Vertrauen der Arbeiterschaft besitzen, was zu erfolgreicher Lehrtätigkeit unbedingt notwendig ist. Die Heranbildung von Lehrkräften, die aus der Arbeiterschaft selbst hervorgegangen und sich daher mit deren Gedankengängen schnell und sicher zurechtfinden, dauert eigentlich viel zu lange. In Frankfurt sind für die Ausbildung zwei Semester von je vier Monaten vorgesehen, während in Münster ein sechsmonatiger Kursus ermöglicht festgesetzt ist. Die längere Dauer des Kursus in Münster deutet schon darauf hin, daß hier ein bestimmtes, verhältnismäßig begrenztes Ziel erreicht werden soll, das sich in dem Namen „Kursus für Betriebslehre“ ausdrückt, während die Arbeiterakademien in Frankfurt leicht die übertriebene Hoffnung wecken könnte, daß dort volles und bis zu einem gewissen Grade abschließendes Studium dem Arbeiter ermöglicht werden soll. Die Gründer sind sich natürlich darüber klar, daß die Vorbildung der Teilnehmer dazu nicht ausreicht. Wenn diese beiden Einrichtungen von dem Standpunkt aus betrachtet werden, was zur Zeit das wichtigste und dringendste Aufgabengebiet ist, das von der Arbeiterschaft mitgelöst werden muß, so kann sich das Urteil nicht gegen den kürzeren Kursus in Münster richten. Es sind die Fragen der Betriebswissenschaften und der Betriebswirtschaft, die in enger Verbindung mit der Sozialisierung der Betriebe und der Gemeinwirtschaft stehen und damit die Aufgaben der Betriebsräte so nahe berühren. Der Auf nach Schulung der Betriebsräte geht durch alle Lande und hält wider in großen Städten und in kleinen Industriezentren; dem muß Rechnung getragen werden, wenn die Gewerkschaften sich nicht den Vorwurf machen lassen wollen, daß sie nur ungern die Einrichtung der Betriebsräte anerkennen. Von Erfahrungen kann in abschließendem Sinne wohl noch nicht gesprochen werden, doch zeugt das einstimmige Lob der Teilnehmer am zweiten Kursus davon, daß dort die Angelegenheit mit praktischem Blick angefaßt und dem tatsächlichen Bedürfnis entsprochen wurde. Mit großer Sympathie muß die Anregung begrüßt werden, aus diesen Gewerkschaftskursen eine ständige Verbindung der Teilnehmer an den verschiedenen sowohl wie auch der künftigen Kurse entstehen zu lassen durch regelmäßige Zusammenkünfte, in denen alle aktuellen Wirtschaftsfragen von sachverständigen Leuten vorgetragen und in gemeinschaftlicher Aussprache geklärt werden. Es wäre nicht vermessend und zuviel gesagt, diese Zusammenkünfte gewerkschaftliche Hochschultage zu nennen. Welche Fülle von Anregungen nicht nur für praktische Tagesfragen, sondern für die gewerkschaftliche Bildungsarbeit überhaupt könnte von solchen Tagungen ausgehen. Dabei wäre daran zu denken, daß nicht nur die Kursusteilnehmer da zusammenkommen, sondern das Interesse der Zentralvorstände der Gewerkschaften, der Gau- und Bezirksleiter, der Ortsausschüsse der Gewerkschaften und nicht minder das Interesse der Reichs-, Staats- und Kommunalbehörden, kurz aller Stellen, die sich mit Arbeiterbildung beschäftigen, müßte für diese Tagungen geweckt werden.

In gleicher Weise wie die beiden bisher angeführten Veranstaltungen können die sogenannten Wirtschaftsschulen als Einrichtungen angesehen werden, die der Heranbildung von Wirtschaftsführern dienen sollen. Die deutsche Wirtschaft wird noch Jahre der Erholung gebrauchen, ehe wieder von einem befriedigenden Stand derselben gesprochen werden kann. Die Arbeiter sind zur Mitwirkung bei diesen Aufgaben berufen. Aus ihren Reihen müssen Wirtschaftsführer hervorgehen, die bemüht im Dienste der Arbeiter handeln, und ist es deshalb erwünscht, für möglichst viele Bezirke solche Wirtschaftsschulen zu errichten. Die Grundgedanken dazu hat der Geh. Regierungsrat Dr. Kühne in seinem auf der Reichsschulkonferenz erstatteten Bericht gegeben. An diesen Plänen wird die Praxis noch manches ausgleichen und verbessern müssen, umso notwendiger aber ist es, daß sie überhaupt bald greifbare Ge-

stalt bekommen, denn mit dem Plänenmachen allein ist es nicht getan. Die Kräfte in der Arbeiterschaft suchen Vertiefung und Mitwirkung, nicht nur in den Betrieben, sondern eine ganze Reihe anderer Einrichtungen rücken in ihren Aufgabenkreis mehr als bisher, z. B. Wohnungsfragen, Siedlungs- und Verkehrsfragen, Arbeitsnachweis — Tarif — und Schlichtungsfragen und alle sonstigen sozialpolitischen Einrichtungen usw. Dieser einzudringen in diese Fragen muß ermöglicht und das geistige Mittel dazu geschaffen werden. Die Wirtschaftsschulen haben wohl in erster Linie auf diesen Gebieten die Führerausbildung ins Auge zu fassen, doch wird auch unter Benutzung der in diesen Schulen zur Verfügung stehenden Lehrmittel und Lehrkräfte, in Absicht auf die Ausbildung aller derjenigen vorwärtsdrängenden Kreise möglich sein, die im Arbeitsverhältnis stehen, an allen Erscheinungen des Wirtschaftslebens genügendes Interesse haben und ihre freie Zeit der eigenen Ausbildung widmen wollen. Die ausgebildeten Führer werden in Gewerkschaftsammlungen und Zusammenkünften das Gelernte einem größeren Kreise zugänglich zu machen haben.

Die Finanzierung dieser Einrichtungen wird das schwierigste Problem der nächsten Zeit sein. Unbedingt muß verlangt werden, daß Mittel der Allgemeinheit in größerem Umfang als bisher für diese Aufgaben bereitgestellt werden, und wenn die Gewerkschaften entsprechend den Bestimmungen ihrer Statuten ebenfalls für die geistigen Interessen ihrer Mitglieder Opfer zu bringen bereit sind, dann lassen sich auch diese Schwierigkeiten überwinden. Die Notwendigkeit im Interesse der Volksgesamtheit ist gegeben.

## Offener Brief.

Liegnitz, den 31. Mai 1921.

An die  
Vereinigung schlesischer Schotterproduzenten G. B.  
Wiesbaden, Greiffenberg.

Bekenne mich zum Empfange Ihres Geehrten vom 27. Mai. Ohne auf Ihren gereizten Ton einzugehen, gestatte ich mir folgendes zu bemerken:

Die Ihnen zugeleitete Forderung ist nicht von mir, sondern von den Arbeitern erhoben und durch mich lediglich an Ihre Adresse weitergegeben worden. Ich glaube annehmen zu können, daß Sie den Gang dieser Angelegenheiten genau kennen und deshalb wohl selber ernstlich nicht daran zweifeln, daß ich ohne Auftrag durch die Mitglieder eine Forderung niemals erheben würde.

Die von Ihnen mir gegenüber beliebte Unterstellung, als ob ich gegen besseres Wissen festgestellt hätte, daß ein guter Geschäftsgang zu berechnen sei, weise ich ebenso höflich wie entschieden zurück. Die von mir gemachten Feststellungen ergaben das, was ich bereits geschrieben habe. Ist Ihnen nicht bekannt, daß wir in Betrieben die Ueberstundendarbeit abgelehnt haben? Ist Ihnen nicht bekannt, daß in vielen Betrieben erhebliche Neueinstellungen vorgenommen wurden?

Nicht bekannt kann Ihnen sein, daß mir gegenüber Arbeitgeber Ihrer Vereinigung erklärt haben, auf lange Zeit hinaus Aufträge zu haben, ebenso, daß einige erklärten, zu Verhandlungen, die mit der Vereinigung gepflogen werden, nicht mehr gehen zu wollen, da ihnen die dort von den Arbeitgebern geföhrten Lebensarten auf die Nerven gingen, und sie nicht mehr Staffage für große Medenschwinger sein wollen.

Erst gestern, den 30. Mai, hat mir ein Arbeitgeber eines der größten Betriebe der schlesischen Schotterwerke erklärt, nur mehr für sich zu handeln und auch mit Aufträgen gut versorgt zu sein, so daß er nur wünschen könne, auch in den andern Produktionswerten so beschäftigt zu sein.

Sonnenbehandlung der sogenannten chirurgischen Tuberkulose. Berichterstatter: Privatdozent Dr. Risch (Berlin).

1. Die Knochen- und Gelenktuberkulosen sind stets sekundäre Tuberkulosen, die von einem irgendwo im Körper gelegenen primären Herde herborgerufen werden.
2. Daher kann man durch die operative Behandlung im günstigsten Fall den Kranken nur von dem einen sichtbaren Herde befreien, während die übrigen nicht äußerlich erkennbaren Herde unberücksichtigt bleiben.
3. Die operative Behandlung föhrt häufig zu mehr oder weniger großer Verstümmelung.
4. Die Ruhigstellung der erkrankten Gelenke durch Schienen oder Gipsverbände ist wegen der damit verbundenen Gefahr der Versteifung abzulehnen. Zur Ausheilung erkrankter Gelenke ist nicht Ruhigstellung, sondern Entlastung derselben notwendig.
5. Die Sonnenbehandlung hat den großen Vorzug, daß sie nicht nur den Erkrankungsherd ausheilt, sondern in gleicher Weise auf den ganzen Organismus einwirkt.
6. Bei der Tuberkulose der Extremitäten und des Schädels sowie der Halsdrüsen ist die Kombination der Sonnen- mit der Stauungsbehandlung dringend anzuwenden.
7. Die innerliche Verabreichung von Jod wird wegen seiner günstigen Wirkung auf tuberkulöse Prozesse auch bei denjenigen Fällen, die nicht gestaut werden, angewandt.
8. Da die heilende Kraft der Sonne zum größten Teil nicht auf der Wirkung der ultraviolethen, sondern der Wärmestrahlung beruht, so müssen zur künstlichen Bestrahlung Apparate benutzt werden, die nicht vorwiegend ultraviolette, sondern rote und infrarote, das heißt Wärmestrahlen erzeugen.

Klinische Behandlung der Tuberkulose im Kindesalter mit besonderer Berücksichtigung der Kinderheilstätten. Berichterstatter: Dr. Georg Simon (Ayrath).

1. Die Grundlage der Behandlung der Kindertuberkulose bildet die Freiluftkur, die einerseits durch Übung und Schonung nebst Tuberkulin, andererseits durch Sonne und künstliche Strahlen zu ergänzen ist. Wasser- und Arzneibehandlung sind minder wichtig.
2. Zur aktiven Therapie mittels Freilüben, Spielen, Gärten- und anderer Arbeit und Luftbädern eignen sich alle fieberfreien, wenig aktiven Formen ohne Beteiligung der Lunge oder mit indurierenden Lungenprozessen.
3. Die Wetsonnenbehandlung ist als wirksamste Form der Sonnentherapie da angebracht, wo außer der Sonnenwirkung Ruhigstellung angestrebt wird, also bei erheblichen Stamm- und Extremitäten-, schwereren Drüsen-, insbesondere auch ernstlichen Hilusdrüsenentzündungen. Lungentuberkulose bildet keine Gegenanzeige, erfährt aber weniger Förderung als die übrigen Formen.
4. Weniger die Quars-, mehr die Röntgenstrahlen sind ein ausgezeichnetes Hilfsmittel; das Anwendungsgebiet der letzteren umfaßt Drüsen-, Knochen-, Bauchfell- und Hilus-tuberkulose.
5. Die Tuberkulintherapie ist bei fortgeschrittener Lungentuberkulose unangebracht. Einspritzungen sind besser durch perkutane und kutane Behandlung zu ersetzen. Friedmann- und unspezifische Therapie bieten keine Vorteile.
6. Kinderheilstättenbehandlung ist angezeigt bei tätiger Tuberkulose mit nachgewiesener Herdbildung, einerlei, ob innere oder äußere Erkrankung.

Am Schlusse des zweiten Verhandlungstages wurde zum erstenmal ein Aufklärungsfilm von 2 Wertgen vorgeführt, der in seiner ganzen Aufmachung sehr wirkungsvoll aus das große Publikum sein wird. Alles was bisher von Entstehung, Umfang, Wirkung, Behandlung und Bekämpfung jeder Art Tuberkulose erforscht und praktisch behandelt wurde, ist mit großer Mühe und unter großen Kosten im Film dargestellt. Wir können unseren Kollegen nur dringend raten, wenn in nächster Zeit in ihrem Wohnort dieser Aufklärungsfilm gegen Tuberkulose vorgeführt wird, sich ihn auf alle Fälle anzusehen. Die Kongreßteilnehmer waren von dem Film größtenteils erschüttert und hat wohl bei vielen erneut den Vorsatz befestigt, alles aufzubieten im Kampf gegen diese Geißel der Menschheit. Der Film ist auch mit allen Kniffen der Filmlust zusammenge stellt. Die bewegliche Statistk wurde in einer verblüffenden, aber überzeugenden Weise vorgeführt. Ebenso die fortschreitende Zerstörung des Tuberkelbazillus auf die inneren Organe des Menschen.

Es liegt mir jedoch vollständig fern, von dem derzeitigen Herrn Vorsitzenden Ihrer Vereinigung zu erwarten, daß meinen Angaben Glauben geschenkt wird, um so mehr als man sich dazu hinreißt läßt uns zu unterstellen, daß wir gegen besseres Wissen handeln.

Bekanntlich wird ja nur Herr Herrsitz die Wahrheit gesprochen, wovon ich mich schon wiederholt überzeugt habe. Ich bebauere es außerordentlich, daß hierbei immerhin nicht so leicht zu nehmende Dinge dauernd auf das persönliche Gebiet gedrängt werden. Wollte ich ebenso persönlich verfahren, so müßte ich Ihrem derzeitigen Herrn Vorsitzenden die Berechtigung absprechen im Namen der Vereinigung eine Erklärung abzugeben. Erstens hat mir persönlich Herr Böhler erklärt, anlässlich der Verhandlung in Breslau am 13. April: „Es wäre seine letzte Arbeit, die er als Vorsitzender der Vereinigung ausführe,“ und zweitens besagen die persönlichen Äußerungen und Handlungen mancher Ihrer Mitglieder das Gegenteil von dem, was erklärt wird. Ich denke aber nicht daran, in dieser Weise zu handeln, sondern behalte mir lediglich vor, auf persönliche Angriffe zu erwidern, selbstredend aber auch mit denjenigen Ihrer Herrn Mitglieder untermittelt zu verhandeln und zu vereinbaren, wie es den Interessen der Arbeiter entspricht, und vielleicht auch zum Wohle der Industrie angebracht ist.

Wird man Herrsitz mit Arbeitszeitverkürzungen oder Entlassung von Arbeitern vorgehen, so ist diese Maßnahme für die Arbeiter lediglich ein Zeichen, daß Ihnen jegliches Verständnis für Wohl und Wehe Ihrer Arbeiter abgeht. Es scheint demnach noch nicht genug zu sein, daß man den Arbeitern seit Jahren nur gänzlich unzureichende Löhne gibt, man will auch nicht einmal über schließlich doch nur kurze Zeit dauernde Störungen des Abfahrs hinwegzukommen versuchen, ohne die Arbeiter zum Träger dieser Not zu machen. Wir werden jedenfalls unser Augenmerk auf diese angelegentlichsten Maßnahmen richten und die Rechte der Arbeiter mit allen Mitteln verteidigen. Daß momentan ein stichhaltiger Anlaß zu solchen Vorgehen Herrsitz vorhanden wäre, muß ich in der von Ihnen beliebigen Verallgemeinerung ohne weiteres bestreiten.

Die schroffe Ablehnung der gestellten Forderung reiht sich voll und ganz Ihrem sonstigen Verhalten in diesen Angelegenheiten an. Dabei kann es Ihnen nicht unbekannt sein, daß gerade die Zeitlohnarbeiter in Ihren Betrieben weit unter dem allgemeinen Lohndurchschnitt arbeiten und deshalb besonders notdürftig sind. Darf ich vielleicht bei dieser Gelegenheit daran erinnern, daß Herr Köhler in Breslau erklärte, daß es keine Tagelöhner unter pro Stunde 3 Mark mehr geben dürfte. Aus der anscheinend durch Herrn Köhler selbst angefertigten Lohnabelle, die mir vorliegt, stelle ich aber fest, daß gerade im Betriebe des Herrn Köhler 27 (siebenundzwanzig) Zeitlohnarbeiter zu einem Stundenlohn von 2,70 bis 2,90 M. beschäftigt sind. Daß diese 27 Arbeiter durchweg minderwertige Kräfte sein sollen, halte ich für ausgeschlossen.

Auch ist es sonderbar, daß gerade der Vorsitzende Ihrer Vereinigung es ist, der seine eigenen Angaben in der Lohnabelle widerlegen muß und die niedrigsten Stundenlöhne in der ganzen Industrie bezahlt!

Daß es möglich wäre, andere Löhne zu gewähren, geht doch mit aller Deutlichkeit daraus hervor, daß einige Arbeitgeber schon monatelang bis zu 3,75 M. den Arbeitern, bei denen eben auch nicht alle Vollblutkräfte sind, geben können, allerdings ohne die Genehmigung oder Verständigung Ihrer Vereinigung.

Verstehen Sie auch jetzt den Unmut, — der sich bald zu Schärferem auswächst — Ihrer Arbeiter noch nicht? Denken Sie noch immer mit Redensarten über die Notwendigkeit ausreichender Löhne hinwegzukommen? Die Arbeiter beneiden Sie wirklich nicht um den Ruhm, den Sie sich in allen Bezirken durch Ihre Handlung erworben haben.

Gibt es so viele Nichtvollarbeiter, wie Sie angeben, so gestatten wir uns, zu vermuten, daß gerade Ihre Lohnpolitik die Hauptursache dazu sein dürfte. Wollten Sie nur eine kurze Zeit Ihre Ansprüche ans Leben mit derzeitigen Löhnen zu decken versuchen, würden Sie sicherlich die Berechtigung der bescheidenen Forderung anerkennen, geschweige denn mit Maßnahmen drohen wie geschähen.

Dadurch, daß Sie die Sache auf persönliches Gebiet schieben und schwere Beleidigungen gegen den Vertreter der Arbeiter ausstoßen, erledigen Sie die Angelegenheit nicht, sondern zeigen nur, daß es Ihnen an durchschlagenden Gründen für die Ablehnung mangelt und dieser Mangel durch Persönliches ersetzt werden soll.

Wir bitten Sie im beiderseitigen Interesse, von dieser Geßelligkeit abzulassen und sachliche Antwort auf sachliche Anfragen zu gewähren, schließlich wird dadurch immer noch mehr erreicht und nicht zu Ihrem Schaden.

Die Arbeiter und ihre Vertretung erwarten also eine sachliche Würdigung ihrer gestellten Forderung und ersuchen evtl. um persönliche Aussprache.

Schachtungsvollst

i. A.: A. Senft.  
Gauleiter.

## Wirtschaftliche Rundschau.

Von Dr. Alfred Striemer.

Die sozialistische Arbeiterchaft hat ihre Unterschrift unter die Annahmeerklärung des Ultimatums gesetzt, sie ist also in den „Betriebsvorstand der sozialen Bauhütte Deutschland“ mit eingetreten, sie haftet für die Leistungen, die gefordert werden. Darüber darf nicht der geringste Zweifel bestehen, denn die Erfüllung des Vertrages ist ein Leistungsproblem. Aber nicht nur das, es ist auch ein Abgabeproblem, ein Problem der Arbeitsbeschaffung, der Vereinigung von Aufträgen des Weltmarktes. Früher wurde uns das leichter durch die Hilfe eines Kreditgewährungssystems, für das wir die Kapitalien hatten, heute dagegen können wir uns nur behaupten durch die Leistung, durch die Güte, die Neuheit, den künstlerischen Geschmack, die Anpassungsfähigkeit an die Einzelbedürfnisse des Weltmarktes. Jegliche Verschwendung von Arbeit und Kraft im Lande muß ein Ende haben, ohne Verteidigung zu einer planmäßigen Wirtschaft kann es nicht gehen, die kapitalistische Unternehmung muß sich umstellen in die soziale Unternehmung, die auf dem Weltmarkt den Wettbewerb bestehen kann.

In den Vereinigten Staaten werden für deutsche Rechnung 2 1/2 Millionen Pfund Kupfer zum Preise von 13 1/4 Cents das Pfund gekauft.

In Mexiko tobt ein Kampf um die Eisenbahnen, die Privatgesellschaften gehören, aber vom Staat verwaltet werden. Deutsche Firmen haben Kapital aufgebracht zur Einrichtung einer Lehrfarm für deutsche Einwanderer, um sie mit den bölligen anderen landwirtschaftlichen Verhältnissen vertraut zu machen.

Die Nachkriegszeit hat der westindischen Republik Kuba mit ihren 3 Millionen Einwohnern die Zuckerrunde gebracht, da die Zuckerpriese an der New Yorker Börse von 5—6 Cents bis auf 23 Cents stiegen. Nach einer amerikanischen Statistik soll 1920 sogar Deutschland 14 000 Tonnen Zucker geliefert haben. Die Folge war starke Vermehrung der Zuckerpflanzen und steigender Luxus der Kapitalisten. September 1920 begann der Zuckerpriese zu sinken. Im April hat die Banco Nacional de Cuba die Zahlungen eingestellt, andere Banken werden wohl folgen müssen. Da die Banken hauptsächlich spanisches Kapital haben, so ist der spanische Einfluß in dieser einflüßigen spanischen Kolonie wohl für immer dahin. Neben den Spaniern besteht die Bevölkerung aus Orientalen, Chinesen, Japanern, 12 000 Nordamerikanern, 2500 Franzosen, 1100 Engländern, 300 Deutschen.

Die Regierung Chiles will den Ankauf und Verkauf von Salzperle verstaatlichen und ein Einfuhrverbot für gewisse Waren erlassen.

Die Kolumbische Regierung (Südamerika) hat die Tiefbaufirma Julius Berger mit Studienarbeiten für Regulierung des Magdalenastromes beauftragt.

Die Kanalisierung in Montevideo (Südamerika) ist der deutschen Tiefbaufirma Wagh und Freytag für 64 Millionen Mark übertragen worden.

Zur finanziellen Beherrschung Chinas hat sich ein internationales Konsortium gebildet, das aus Banken der Vereinigten Staaten, Englands, Frankreichs und Japans besteht, das an Stelle

der internationalen Konkurrenz die Zusammenarbeit treten lassen will. Chinesische Banken sind von der Teilnahme ausgeschlossen worden.

Englands Außenhandel ist in den ersten vier Monaten ganz außerordentlich stark zurückgegangen, die Einfuhr um 6 Milliarden Goldmark (300 Millionen Pfund), die Ausfuhr um 2,28 Milliarden Goldmark (114 Millionen Pfund).

Das englische Unterhaus hat ein Gesetz angenommen, das für bestimmte Warengruppen einen Schutzoll von 33 1/2 Prozent erhebt, z. B. für optische Präzisionsinstrumente, wissenschaftliche Gläser und Porzellane, Kohlenstifte, Chemikalien usw. In englischen Häfen liegen etwa 1000 Schiffe mit 4 Millionen Tonnen Gesamttonnage still. Zur Verrechnung der Kriegsschuldverpflichtungen zwischen Deutschland und den Alliierten besteht in London das British Clearing Office und in Berlin eine amtliche Clearingstelle. Bisher sind 560 Millionen Goldmark verrechnet, von denen Deutschland 440 Millionen Goldmark bereits bezahlt hat.

Auch die Schweiz stellt einen hochschützollnerischen Tarif auf, um sich im besonderen gegen die deutsche Einfuhr zu schützen. Während die Schweiz im Vorjahr in Amerika um 8 Prozent ihre Anleihe aufnehmen mußte, ist infolge der Wirtschaftskrise die Selbstflüssigkeit so groß, daß die Anleihe zur Elektrifizierung der Bundesbahnen im Lande zu 6 Prozent untergebracht werden kann. 150 000 Arbeitslose sind gemeldet.

In Ungarn ist es gelungen, seit Jahresbeginn die Valuta um etwa 150 Prozent zu bessern. Die Notenpresse ist stillgelegt, die Preise sinken. Diese Preislenkung hat aber wirtschaftlichen Stillstand gebracht, da mit der Valutabesserung die Ausfuhr aufgehört hat. Die Freigabe des Getreidehandels wird für den 15. Juli erwartet. Die fruchtbarsten Komitate hat Ungarn, das jetzt nur noch 7 1/2 Millionen Einwohner zählt, verloren.

Die Lage der Eisenindustrie in der Tschechoslowakei ist trotzlos, da die Gesteinshäfen 30 Prozent höher sind als die Verkaufspreise der deutschen Werke. Der Donauverkehr hebt sich ständig. Um sich von Hamburg unabhängig zu machen, werden 4 Donauhäfen, Preßburg, Komorn, Patsand und Theben ausgebaut werden. Am übelsten ist die Lage der Glasindustrie, die zum größten Teil stillgelegt werden muß. Braunkohle wird im Ueberfluß angeboten, während Mangel an Steinkohle herrscht. Alle Metallwarenfabriken stehen infolge Streiks still. Die Industriellen fordern Abbau der Löhne, die Arbeiter Aufhebung der Kohlensteuer. 70 Kohlenruben liegen still, 7000 Bergarbeiter sind arbeitslos.

In Jugoslawien hat die Teuerung in den letzten 6 Monaten um 50 bis 100 Prozent zugenommen. Dennoch ist der Handel in schwieriger Lage. Die Waren, zu Hochkonjunkturpreisen im Ausland gekauft, sind zu großen Mengen aufgestapelt und nur mit Verlust verkäuflich. Die Regierung bemüht sich, Bankrotte zu verhüten. Durch die Sanktionen mit 50 Prozent Aufschlag auf den Naturwert ist die Ausfuhr Deutschlands völlig unterbrochen.

Mit einem Kapital von 300 Millionen Kronen wird in Wien unter der Leitung von Karl Renner die Arbeiterbank der sozialdemokratischen Partei gegründet werden zur Finanzierung der Arbeiterkonsumvereine.

Während auf dem Weltmarkt allgemein Selbstflüssigkeit besteht und die Bankdiskontsätze sich senken, liegen in Norwegen die Geldverhältnisse sehr gespannt, da der Exporthandel stockt.

### Deutschland.

Der Reichsbankausweis gibt am 7. Mai zum erstenmal eine genauere Ausweisung des Wechselbestandes. Von den 57 Milliarden Mark in Wechseln, die die Reichsbank besaß, kamen 55 Milliarden Mark Schatzanweisungen des Reiches, gegen die die Bank dem Reich Papiergeld zur Verfügung gestellt hat, während 2 Milliarden Mark Wechsel vom Handel begeben sind.

Die Reichsmonopolverwaltung für Branntwein legt ihren Geschäftsbericht für 1920 vor. Es standen ihr 1 1/2 Millionen Hektoliter zur Verfügung, 51 Reinigungsanstalten wurden beschäftigt (81 i. J. 1918/19), davon 3 in eigener Regie und 48 in Lohn. Weitere Reinigungsanstalten wurden erworben. An die Spirituosendindustrie wurde der Auslandsbranntwein von 60 Mark der Liter abgegeben, woraus die Haupteinnahmen erzielt wurden. 49 Millionen Mark sind an Brennereibesitzer usw. als Entschädigungen gezahlt worden, dem Reich verbleiben als Einnahme 690 Millionen Mark. Die Nationalisierung ist infolge Vergrößerung der Bestände mit Ausnahme von Trintbranntwein aufgehoben worden.

Die Baumwollpreise sind in Bremen von 27 1/2 Mark das Kilo im Januar auf 19,30 Mark im Mai gesunken. Seit August 1920 sind 900 000 Ballen amerikanischer Baumwolle nach Bremen gebracht worden. Die Garmpreise sind um 20 Mark das Kilo seit Januar gefallen; die Preise für Kattun und Cretonne um 2,50 bis 3.— Mark das Meter. Die Preise steigen aber wieder. Sehr empfindlich ist der Wettbewerb der Elässer Baumwollfabrikanten, die noch 4 Jahre zollfrei einführen können.

Die Häutepreise sind im April fortgesetzt gestiegen und steigen weiter. Für die Lederverarbeitende Industrie wird die wirtschaftliche Lage schwierig. Im März 1920 hatten die Preise ihren höchsten Stand. April 1920 kosteten Ochsenhäute 81—84 Mark das Pfund, April 1921 nur noch 8—10 Mark. Das Kilo Söhlenleder in Kernstücken kostete April 1921 85—95 Mark, Mai 90—98 Mark. Trotzdem die Herstellung von Leder doch bekanntlich Monate dauert, folgen die Lederpreise sofort den steigenden Preisen der Rohhäute.

Die süddeutschen Tabakpflanzler fordern eine Tabakeinfuhrbeschränkung. Die Preise sind heute das 20- bis 30-fache der Friedenspreise, für Rauchtabak bester Güte 2200—2500, mittlerer von 1200—2000 Mark der Doppelzentner. Der Mangel an Abfall ist auf die zu hohen Preisforderungen zurückzuführen. Das Reichswirtschaftsministerium hat die Einfuhrbeschränkung abgelehnt.

Auf dem Schrottmarkt ist für Kernschrott der Preis von 700 Mark auf 575 Mark zurückgegangen. — Der Grubenholzpriese ist vom 1. April bis 30. September auf 272 Mark das Kubikmeter festgesetzt worden. — Die Ziegelpreise hat der Ziegelverband Breslau um 25 Mark für 1000 Stück erhöht. — Die Danziger Wert von Alawitter baut 3 Passagirdampfer für die türkische Regierung, die in Kürze abgeliefert werden. — Im Kreis Goslar am Harz sind Eisenhosphallager von großer Ausdehnung aufgefunden worden. Bei dem Mangel an Phosphaten für die Landwirtschaft ist diese Entdeckung bedeutungsvoll. — Sechs Eisenbahnwagenfabriken haben sich zu einer Verkaufsgemeinschaft G. m. b. H. zusammengeschlossen, die auch den Einkauf von Rohstoffen übernehmen wird. Sitz ist Düsseldorf.

## Aus den Zahlstellen.

München. Der Streit der Steinarbeiter dauert unverändert fort, manchen von den Herrn Unternehmern wackelt doch der Hofenboden schon etwas und jedenfalls ist der Ausdruck eines ihrer Kollegen bei einer Verhandlung, der dahin lautete, wir können schon einen Streik aushalten, uns macht's nichts aus, nicht ganz stichhaltig; verschiedene Momente, die auch zu den Arbeitnehmern durchsickern, lassen erkennen, daß der Wohlstand der Herren Steinmeister nicht der ist, als sie sich selber hinstellen. Gar mancher von den Herren wäre froh, er hätte die für ihn arbeitenden Steinmehner wieder. Das Abhil, was sich in den letzten Maitagen am hiesigen Waldfriedhof abspielte, zeigt einen ganz besonderen Grad von Intelligenz unserer Arbeiter, aber sie haben uns den Kampf aufgegeben. Wir haben ihn aufgenommen, wir werden aber auch die Friedenshand nicht ablehnen, wenn sie zeigen, daß sie dem Steinarbeiter das geben wollen, was er bedarf und deshalb verlangt. Wir wollen nicht weiter wie eine Pitrone behandelt werden. Unser Arbeitslohn soll uns ein menschenwürdiges Dasein bieten. Die Herren werden keine Dresche in unsere Reihen schlagen können, auch wenn es auf verschiedene Art versucht wird. Fest und treu stehen wir zu unserer Sache. Das zeigen wohl deutlich die örtlichen Verhältnisse.

Kamenz. Am 28. Mai tagte im Gasthaus zum Kronprinz unsere übliche Monatsversammlung. Tagesordnung: 1. Gewerkschaftliches, 2. Kartellbericht, 3. Verschiedenes. Unter Gewerkschaftliches

wurde zunächst die Sache, die vom Landgericht Bautzen schwebt, besprochen. Wie bekannt sein dürfte, haben die Unternehmer im hiesigen Bezirk eine Klage angestrengt gegen die Verbindlichkeitsklärung des Schiedsgerichts, der zu unseren Gunsten vom Schiedsgerichtsausschuß in Bautzen gefällt wurde. 50 Prozent haben wir von dem uns Zugeprochenen noch einzufragen. Es kommt nun ganz darauf an, wie das Landgericht entscheidet, ob es die Verbindlichkeitsklärung des Demobilisierungskommissars für rechtsgültig erklärt oder nicht. Vorzuziehen macht bekannt, daß Montag, den 30. Mai, die Sache zum zweitenmal vor dem Landgericht zur Verhandlung gelangt. Hierauf wurden Tarifangelegenheiten besprochen, man kam überein, die Änderungen des Tarifs noch nicht bekannt zu geben. Es wurde auch beschlossen, einen Vertreter für die Steinmehner zu den in nächster Zeit stattfindenden Tarifverhandlungen zu entsenden. Begründung ist die Verschiedenartigkeit des Materials vom übrigen Bezirk. Hierauf kam die Lage in der Schotterindustrie zur Sprache. Es wurde hervorgehoben, daß hier eine Verbesserung der Löhne dringend notwendig ist, denn die Löhne sind bisher sehr minimal. Unter Kartellbericht wurde bekannt gemacht, daß am 19. Juni ein Volksfest veranstaltet wird. Unter Verschiedenes wurde beschlossen, die Lokalkantenerunterstützung ab 1. Juli auf 2 Mark pro Tag zu erhöhen.

Attendorf (Ruhr). Gewerkschaft Christinenruhe. Am 24. Mai machte sich eine außerordentliche Versammlung nötig infolge eines Vorfalls, wie er sich in einem Steinbruchbetrieb in Deutschland kaum ereignet haben dürfte: Am 24. Mai kündigt die beiden Kollegen Ernst Linke und Konrad Gase (Betriebsratsmitglied) bei Herrn Bruchmeister Josef Elies ihr Arbeitsverhältnis, weil sich die beiden durch einen in einer halben Stunde dreimal widerrufenen Befehl in ihrer Arbeit geschädigt fühlten durch den Bruchmeister. Konrad Gase, der von Zeit zu Zeit, Ostern, Pfingsten, nach seiner Heimat reiste, brachte oft für den Bruchmeister Butter und Eier von zu Hause mit gegen Bezahlung. Beim Weggehen aus dem Kontor sagte noch Gase zu Herrn Elies, dem Bruchmeister, daß ist der Dank von Ihnen, daß ich Sie und Ihre Familie mit Lebensmitteln vollgestopft habe. Auf diese an und für sich nicht einmal beleidigenden Worte wurde Herr Elies so wütend, daß er eine Steingabel ergriff und nach Gase schlagen wollte. Linke fing den Schlag auf, so daß dem R. Gase Zeit blieb, wegzulaufen. Herr Elies griff schnell in die Schublade seines Schreibtisches, holte ein sogenanntes Klappmesser heraus und im Lauffschritt hinter R. Gase her, wobei er ausrief: „Lasse dich nicht mehr im Steinbruch blicken, sonst schlage ich dich tot!“ Verärgert und zu Protokoll gegeben wurde dieses von zehn ganz einwandfreien Zeugen. Auch konnten verschiedene Zeugen bestätigen, daß G. Elies schon vor dem Kriege ähnlich vollbracht hat, weil er gern behauptet, während seiner Kriegsdienstzeit sei er so nervös geworden. Man merkt aber nicht das geringste Nervöse an ihm, wenn er von seinen Vorgesetzten abgezankelt wird, da kann er sogar sehr demütig sein. Nur seinen Untergebenen gegenüber hat er Schreie und Ausbrüche, Drohungen sind schon oft gefallen, daß es ein Wunder genannt werden kann, wenn es noch nicht zu Tätlichkeiten kam. Nach einigen Ausführungen des Bezirksleiters nahm die Versammlung einstimmig folgende Entschädigung an: „Es wird der Betriebsratmann aufgefordert, folgenden schriftlichen Protest an die Firma Gewerkschaft Christinenruhe abzugeben: Die Belegschaft der Gewerkschaft Christinenruhe ist einmütig der Ansicht, daß mit dem Bruchmeister Elies ein gedehliches und ruhiges Zusammenarbeiten in Zukunft unmöglich ist und ersucht um fristlose Entlassung aus ebengenannten Gründen.“ Es wurden auch noch zwei Kollegen von Seiten G. Elies gefündigt, die Kündigung wurde aber wieder rückgängig gemacht und die Kollegen arbeiten wieder weiter, ebenso Ernst Linke, der auch seine Kündigung wieder zurücknahm. Von Seiten des Bezirksleiters wurden die Kollegen ermahnt, fest und treu zusammenzukommen und nicht einzelnen Interessen zu verfolgen, die eines Verbandskollegen nicht würdig sind, dann wird eine Güntlingswirtschaft, wie es bei uns eingeweisen droht, bald ausgeschaltet sein. G. Elies möchten wir aber dringend empfehlen, sich schleunigst das altbekannte Buch: Knigges, Umgang mit Menschen, anzuschaffen und sich auch das Betriebsratsgesetz genauer anzusehen. Der geschilderte Vorgang gereicht auf keinen Fall der Firma zur Ehre.

Redaktion: Der betreffende „Bruchmeister“ eignet sich gewiß zu allem anderen, nur nicht zum Vorarbeiter. Mit solchen Typen kann die Kollegenchaft schon recht schnell aufräumen, wenn der nötige Zusammenhalt und Wille vorhanden ist. Der Betroffene lernt auch aus Knigges Buch sicherlich nichts mehr, hier kann nur die Praxis helfen; die Erziehung durch unsere Kollegen. Alles andere ist vom Uebel. Bleiben solche Gewaltmenschen in ihren Stellungen ohne sich zu bessern, dann sagt man auch: „Jeder Betrieb hat solche Vorgesetzte, wie die Arbeiter es verdienen.“ Das mögen die Steinarbeiter im Steinbruchbetrieb der Firma Gewerkschaft Christinenruhe sich zu Gemüte ziehen.

Trossenfurt. Am Sonntag, dem 29. Mai, fand eine öffentliche Versammlung der Steinarbeiter statt, zu der die Christlichen auch erschienen waren. Zur Tagesordnung stand die jetzige Lohnbewegung, weil uns die Arbeitgeber durch allerlei Manipulationen wieder große Hindernisse machen. Es ist ja allen Kollegen Deutschlands bekannt, daß die schlechtesten und traurigsten Löhne im Steigerwald bezahlt werden. Der Höchstlohn ist per Stunde 3,43 M. Da soll sich nun einer erhöhen! Unsere hochlöhlige Regierung redet immer von Preisabbau, jedoch das Gegenteil ist vorhanden. Unsere Arbeitgeber haben den Tarif gekündigt und haben somit auch den Kollegen die paar Urlaubstage, die ihnen mit Recht zustanden, genommen. Auch weiß die Firma Wetter noch immer nicht am Sonnabend vor Ostern, Pfingsten und Weihnachten den 5-Stunden-Tag zu finden und sucht durch allerlei Ausflüchte dieses auch zu umgehen. Darum wurde allen Kollegen vom Vorsitzenden nahegelegt, für ein besseres Zusammenarbeiten in den Betrieben und im Verbands einzutreten, damit wir im Steigerwald auch bessere Verhältnisse erhalten. In der Lohnbewegung soll alles den gesetzlichen Weg gehen, dann werden weitere Beratungen gepflogen und andere Maßnahmen ergriffen.

## Rundschau.

Aus unserem Beruf und Industrie. Tödllich verunglückte im Bruch der Firma Leuschner in Oppach unser Kollege Louis Förster. Es ist dies in ganz kurzer Zeit der zweite tödlliche Unfall bei der Firma. Das Unglück soll dadurch herbeigeführt worden sein, indem der Verunglückte, entgegen den Warnungen des Vorarbeiters, einen Stein im Bruch unterwühlte, der dadurch vorzeitig ins Rollen kam und den Kollegen erschlug. Immer das selbe Lied: Leichtsinnige Arbeitsmethode, Warnung, kein direktes Verbot vom verantwortlichen Leiter, trauernde Hinterbliebene.

In letzter Zeit sind im Demitz-Thumner Steinbruchgebiet mehrere Unglücksfälle vorgekommen. Am 25. Mai schlug ein Stein den Fensterladen im Steinbruch Jungfernschein durch. Der Brecher Marx wurde erheblich an der Seite verletzt, so daß er in seine Wohnung gefahren werden mußte. Ein losgegangener Schuß hatte den Stein ca. 80 Meter weit geschleudert. Am selben Tage verunglückte an der Laterampe ein jugendlicher Arbeiter am Fuße so, daß derselbe ebenfalls nach Hause transportiert werden mußte. Diese Betriebe gehören der Firma C. G. Runath. — Ein weit schwererer Unglücksfall ereignete sich am 3. Juni im Steinbruch „Hoffnung“ in Neuschölln der Firma Döde. Aus der Kette an der Schwebeseil fiel ein Stein wieder zurück und traf den unweit davon beschäftigten Brecher Hesse so unglücklich, daß ihm ein Bein am Oberschenkel glatt abgeschlagen wurde. Diese Unglücksfälle mahnen wieder zur Vorsicht. Unsere Kollegen müssen ihr Augenmerk darauf richten, das in den Betrieben die Unfallverhütungsvorschriften und die Sprengvorschriften streng beachtet werden. Es liegt sicherlich im persönlichen Interesse jedes einzelnen Kollegen.

„Unsere heutige Freiheit.“ Artikel in Nr. 20, hat der Schriftleitung des Steinarbeiters einen merkwürdigen Schreibbrief von Herrn Schilling, Greifswald, beschriftet. Daß wir solche schlechte Eigenschaften besitzen, wie uns in dem Brief gesagt

...wüßten wir tatsächlich bis dahin selbst nicht. Wir haben dann diesen brieflichen Geschäftsaustrich natürlich in der unangenehmsten Weise beantwortet und freuen uns weiter über die zitatenreiche Weisheit des Herrn Schilling in Greifswald. Man höre: 24 Zitate in einem neueren Artikel im „Steinbildhauer“, dabei süßlich, unverdaulich; das sind nach unserer Auffassung noch längst nicht genug, oder sollte es doch ausreichen? Dabei passen diese „Sprüche“ zu den einzelnen Sätzen wie die Faust aufs Auge! Aber es muß auch solche Leute geben, denn, um auch ein Zitat zu gebrauchen: „Jedes Tierchen hat sein Plättchen“; oder: „Seh dich über alles weg, freu dich über jeden Dreck“.

**Gewerkschaftliches.** Gegen die Moskauer Zersplitterungsaktion beschloß der Vorstand des Internationalen Gewerkschaftsbundes in Amsterdam folgendes: „Der am 18., 19. und 20. Mai 1921 in Amsterdam versammelte Vorstand des Internationalen Gewerkschaftsbundes billigt vollkommen die Haltung des Bureau des Internationalen Gewerkschaftsbundes gegenüber der auf die Zersplitterung der Arbeiterkräfte abzielenden Aktion seitens der Führer der 3. Internationale. Der Vorstand gibt weiter seiner Meinung Ausdruck, daß das Bureau des Internationalen Gewerkschaftsbundes den nahezu einstimmig gefaßten Beschlüssen des Londoner Kongresses gemäß gehandelt hat. In der Erwägung, daß die beharrliche Aktion der 3. Internationale die Reaktionsgefahr andauernd vermehrt, erklärt der Vorstand, indem er diese Resolutionen präzisiert und die von der Moskauer Internationale beabsichtigte Zersplitterungsaktion feststellt: daß das Prinzip der Einheit eine unerlässliche Voraussetzung der Arbeiteraktion ist und den gewerkschaftlichen Organisationen nicht das Recht zugefanden werden kann, zwei Internationalen zugleich anzugehören. Jede Organisation, die demnach ihren Beitritt zur politisch-gewerkschaftlichen Moskauer Internationale erklärt, stellt sich damit selbst außerhalb des Internationalen Gewerkschaftsbundes. Alle dem Internationalen Gewerkschaftsbund angeschlossenen Landeszentralen und die Internationalen Berufssekretariate im besonderen werden beauftragt, diese für die Existenz und Aktion der wirtschaftlichen Organisationen der Arbeiterklasse unerlässlichen Prinzipien zur Durchführung zu bringen.“

Im Haller Gewerkschaftsleben scheint sich eine Gesundung zu vollziehen. In einer Sitzung des Gewerkschafts-Karrells, die am 26. Mai tagte, wurde festgestellt, daß von den 88 000 Mitgliedern der freien Gewerkschaften bereits wieder 29 500 dem Kartell angehören. Der Rest befindet sich noch in den Händen der kommunistischen Gewerkschaftler. Die Hauptmatabanden der Kommunisten versuchen, an der Sitzung teilzunehmen, was die Delegierten ablehnten. Die Hallese freigewerkschaftlich organisierte Arbeiterschaft hat damit den Zersplitterern und ihren Moskauer Helfern eine Abgabe erteilt, die an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig läßt.

**Christlicher Mitgliederhunger.** In der „Lederarbeiter-Zeitung“ fanden wir folgende, auch für unsere Mitglieder beachtenswerte Notiz: „Im Rheinland erlebt man auf dem Gebiet der Gewerkschaftszersplitterung so manches, wovon die Arbeiter in anderen Landesteilen verschont bleiben. Hier nur ein Beispiel: In einer Eisengießerei in Neuz wurden sämtliche Arbeiter Kommunisten, und traten gemäß den Moskauer Bedingungen zur Allgemeinen Arbeiter-Union über. Wegen Mangelregelung des Betriebsobmannes entstand ein Streik, und weil die Union nicht in der Lage war, ihre Mitglieder zu unterstützen, wurde die ganze Gesellschaft nach und nach zu Streikbrechern. Aus der Union wurden nun diese Arbeiter ausgeschlossen; der Metallarbeiterverband lehnte eine Wiederaufnahme wegen Streikbruchs ab, worauf der Christliche Metallarbeiterverband diese kommunistischen Streikbrecher in seine Organisation nahm. Es ist in unserer Zeitung schon früher darauf hingewiesen, welches innige Verhältnis zwischen den Unionisten und Christen in Mülheim (Ruhr) besteht, und es wird nicht lange dauern, dann kommt es zu einem Gegenständigkeitsverhältnis zwischen beiden Organisationen. Die aufgeklärte Arbeiterschaft wird baldigst merken, wohin sie durch derartige Verhältnisse kommt.“

**Tarifverträge.** Wie wir dem Reichsarbeitsblatt entnehmen, waren Ende 1919 insgesamt 638 Tarifverträge für allgemein verbindlich erklärt, von denen 22 Reichstarife, 375 Bezirkstarife und 241 Ortstarife waren. Ende 1920 waren bereits 1464 Tarifverträge allgemein verbindlich, darunter 61 Reichstarife, 990 Bezirkstarife und 413 Ortstarife. Besonders zahlreich sind die für allgemein verbindlich erklärten Tarifverträge im Handelsgewerbe und im Baugewerbe. Ende 1920 waren allein 586 Angestelltenverträge (das sind 40 Prozent aller) im Tarifregister eingetragen.

**Soziales. Beruf und Geschlechtskrankheiten.** Es ist bekannt, daß die Ausbreitung der heute so ungemein stark verbreiteten Geschlechtskrankheiten vor allem in dem Geschlechtsverkehr ihre Ursache hat. Doch sind die Ursachen auch anderer Art und selbst der Beruf spielt vielfach als Ansteckungsgefahr eine nicht geringe Rolle. Ganz besonders spielt der Beruf hierbei eine Rolle bei Ärzten, Heilgehilfen und Hebammen. Aber außer diesen kommen noch eine ganze Reihe von Berufen in Betracht. So erfolgt die Uebertragung der Syphilis z. B., wie Koelsch berichtet, zunächst durch den Gebrauch gleicher Arbeitsgeräte und dergl., und zwar ist der Mund die Eingangspforte: Glasmacherpfaffen, Lötrohr bei Spenglern, Pipetten bei Chemikern, Blasinstrumente der Musiker. Wie sehr die Syphilis oft eine Berufskrankheit sein kann, das zeigt ein Bericht des internationalen medizinischen Kongresses in Paris: „Es gibt vielleicht keine Glashütte in Frankreich, wo die Syphilis nicht zu irgendeiner Zeit geherrscht hätte; es gibt solche, wo sie ständig herrscht.“ Inzwischen sind die hygienischen Verhältnisse allerdings günstiger geworden, doch wurde auch in den neuesten Jahren noch von kleinen Epidemien in Glashütten berichtet. Eine Reihe von Erkrankungen an Berufssyphilis sind weiter festgestellt worden bei Tapezierern, Tischlern, Schuftern, Sattlern, Malern, Näherinnen und anderen, die durch Arbeitsgegenstände infizierte Gegenstände (Stifte, Nadeln, Nähnadeln, Fäden, Draht, Pinsel usw.) in den Mund genommen haben. Auch Bureauangestellte gehören hierzu, Kellnerinnen, die infizierte Meisterei, Federhalter, Geldstücke zwischen den Lippen hielten. Eine weitere Gruppe umfasst die Wäscherinnen, Lumpenhändler usw., und andere Berufsgruppen, die das Verühren infizierter Wäsche oder von Handwerksgeräten mit sich bringen. Es kann also gerade in heutiger Zeit nicht genug zur Vorsicht im Beruf gemahnt werden und gewarnt werden vor der Berührung des Mundes mit irgendwelchen Arbeitsgegenständen. Es gibt gegen diese Berufskrankheit keinen anderen Schutz als die eigene Vorsicht. Und die ist bei der Gefährlichkeit der Krankheit wohl angebracht.

**Das begabte Proletarierkind.** In einer Eingabe an das Reichsministerium des Innern verlangt der Vorstand des Deutschen Städtebundes, daß die Freistellenzahl in den höheren Schulen durchschnittlich 10 Proz. betragen soll. Nur die Kinder armer Eltern mit besonders hervorragender Begabung sollen bei Zuteilung der Freistellen berücksichtigt werden, die Proletarierkinder, bei denen die Vererbung der höheren Bildungsmöglichkeiten für das Volksganze einen Verlust bedeuten würde. Damit wird indirekt anerkannt, daß die Begabung nicht nur in den wohlhabenden Kreisen zu Hause ist. Aber dennoch bedeutet die Ausbildung der begabten Proletarierkinder noch Almosen.

**Arbeit und Sonne.** In der jetzigen heißen Zeit fühlt der Mensch einen gewissen Einfluß der Hitze auf seine Leistungsfähigkeit. Und doch ist diese Einwirkung in Wirklichkeit nicht vorhanden, wie Untersuchungen in den Tropen festgestellt haben. Trotz der bedeutend größeren Hitze in den Tropen nimmt der Europäer noch zu. Der Kraftverbrauch des Körpers ist der gleiche und genau wie bei uns von der Arbeitsleistung abhängig. Bei gleicher Arbeit stimmt, so schreiben Capari und Schilling in der Zeitschrift für Hygiene, der Kraftverbrauch in Berlin und Lugo überein und sinkt mit verminderter Tätigkeit.

Eine arbeitswissenschaftliche Untersuchungsanstalt ist kürzlich in England staatlicherseits errichtet worden. Das Institut wird von Prof. Cherrington geleitet, dem eine Reihe von erprobten Mitarbeitern zur Seite stehen. Die Aufgabe des Instituts ist die Untersuchung der Ermüdungserscheinungen, Bewegungsvorgänge, das beste Verhältnis zwischen Arbeitszeit und Ruhepausen, die Einflüsse der Entlüftung und Wärme in den

Arbeitsräumen auf die Arbeit, die Prüfungsgrundsätze für die Berufsausübung und Berufswahl.

**Genossenschaftliches.** Der rechte Weg. Karl Rautsky hat die jetzt von den Bolschewisten vergeblichste Bauernrepublik in der Orgie bejehet und darauf seine Eintrübe von dort in einer in der Wiener Volksbuchhandlung erschienenen Schrift zusammengefaßt. Was Rautsky darin über genossenschaftliche Entwicklung auf Grund neugewonnener Erfahrungen zu sagen hat, ist eine glatte Bestätigung der Richtigkeit des vom Zentralverband deutscher Konsumvereine gegangenen Weges. Rautsky schreibt: „Es ist nur von Vorteil, daß die Genossenschaften bei ihren produktiven Gründungen langsam und behutsam vorgehen. Das stürmische Tempo, das dem revolutionären Temperament entspricht und am Platz ist bei der Eroberung feindlicher Machtpositionen, ist bei der Begründung ökonomischer Organisationen nicht vorteilhaft. Hier heißt es unvorsichtig vorbereiten, nur auf gesichertem Boden vorwärts marschieren und nicht weiter gehen, als die verfügbaren Kräfte es gestatten. In der Defonomie geht es nicht so wie im Krieg, wo eine stürmische Offensive oft den besten Erfolg erzielt — freilich auch da nicht immer. Die bolschewistische Methode, die die sozialistische Neugestaltung des Produktionsprozesses als ein Problem der Kriegführung betrachtet, muß in der Regel versagen. Ueberreiltes Vorgehen führt in der Defonomie stets zu Mißerfolgen, zu Rückschlägen, die unter Umständen das Ganze gefährden können und ungeheures Vergeßgeld kosten.“ Es ist oft, diese Erkenntnis gerade jetzt zu verbreiten, da verantwortungslos Praesentmacher, die an der Arbeiterbewegung mit soviel Mißerfolg versuchten Moskauer Methoden auch an der Genossenschaftsbewegung probieren möchten.

**Gute Entwicklung der Volksfürsorge.** Die gewerkschaftlich-genossenschaftliche Versicherungsaktiengesellschaft Volksfürsorge, Hamburg, berichtet über gute Erfolge im abgelaufenen Geschäftsjahr 1920. Es wurden 234 764 Versicherungsanträge mit einer Versicherungssumme von 315 581 815 M. getätigt oder 78 773 Anträge mit 224 450 825 M. Versicherungssumme mehr als im Jahre 1919. Der Versicherungsbestand betrug Ende 1920 — 572 084 Kapitalversicherungen (Tarife I bis IVa) mit einer Versicherungssumme von 426 707 688 M., 88 084 Sparversicherungen (Tarife V bis VI) mit einer Versicherungssumme von 5 469 716 M. und 1974 Risikoversicherungen (Tarif Va) mit einer Versicherungssumme von 474 528 M., insgesamt 667 142 Versicherungen mit einer Versicherungssumme von 432 651 932 M. Während sich die Versicherungssumme im Jahre 1919 um 85 147 823 M. steigerte, ist im Berichtsjahr ein Zuwachs von 287 252 988 M. zu verzeichnen. Der Vorstand der Volksfürsorge beruft die diesjährige Generalversammlung zum 3. Juni nach Hamburg ein. Auf der dafür vorgesehenen Tagesordnung steht u. a. auch die schon im Generalrat des Zentralverbandes in Passel erörterte Beschlußfassung über Anträge des Vorstandes und des Aufsichtsrats: a) zur Aufnahme der Großen Lebensversicherung, b) zur Erhöhung des Aktienkapitals und c) zur Verringerung des Gesellschaftsvertrags.

### Bekanntmachungen des Zentralvorstandes.

**Beim Uebertritt aus den Zahlstellen Bücher missen.** Es ist schon wiederholt gewünscht worden, daß bei „Uebertritt“ ein neues Mitgliedsbuch oder Interimskarte mit einzuführen ist. Vorrätige Mitgliedsbücher sind in jeder Zahlstelle vorhanden. Es ist schon wegen der Nummern praktisch und kommt weiter den Bestand der Bücher in der Hauptstelle. Eine Neuauflage ist eine große Ausgabe.

### Bekanntmachungen der Zahlstellen und Gauleitungen.

**An die Zahlstellen des 4. Gaues!** Die Zahlstelle Hannover beschloß in ihrer letzten Versammlung, dem verstorbenen Kollegen Paul Biewig (Gauleiter im 4. Gau) einen Gedenkstein zu setzen. Die Hinterbliebenen des Kollegen Biewig sind hierzu nicht in der Lage. Für die Zahlstelle Hannover allein ist es aber auch schwer, die nötige Summe zusammenzubringen, um ein dem Biewig und der Sache entsprechendes Denkmal zu beschaffen. Deshalb bitten wir die Zahlstellen des 4. Gaues, uns in dem Vorhaben zu unterstützen. Etwaige Geldbeiträge sind an den Kassierer der Zahlstelle Hannover, Kollegen Otto Brunotte, Schloßwendergarten 13, zu senden. Die eingegangenen Beträge werden im „Steinarbeiter“ veröffentlicht. Mit kollegialem Gruß! Zahlstelle Hannover. J. A. Otto Stapel, Vorsitzender.

### Adressenänderungen.

3. Gau. Treffurt. Kass.: Christian Lann, Eisenacher Str. 14.

### Neue Bücher, Zeitschriften usw.

**Der Betriebsobmann.** Mit der Praxis der Betriebsräte entwickelt sich auch ihre Literatur. Erfahrungen werden nutzbar und die Erfolge der Tätigkeit der Betriebsräte finden ihren Niederschlag in den Schriften, die den Betriebsräten als Führer auf ihren schwierigen Wegen dienen. Die zweite Auflage der kleinen Schrift von Rudolf Wed „Der Betriebsobmann im Kleinbetriebe“, die soeben in der Verlagsgenossenschaft „Freiheit“, Berlin C 2, erscheint, ist ein Zeichen dafür. Die Schrift ist auch trotz der Verbesserungen nicht viel umfangreicher als in der ersten Auflage. Sie ist ein nützliches Hilfsmittel für alle Betriebsobleute und der billige Preis von 4 M. ermöglicht auch den Besitzern der ersten Auflage die Anschaffung des neuen Heftes. Organisationen gewährt der Verlag bei größeren Bezügen Preisermäßigung.

**Technik, ihre Grundlagen zum Verständnis für alle,** von Generaldirektor Prof. Ing. A. Freund. Verlag von H. A. Ludwig Degener, Leipzig. Preis 10,80 M. Der Verfasser jaqt im Vorwort: „Der Mensch braucht zu seiner Lebenshaltung und zu seiner Verusausübung zahllose Errungenschaften der Technik und wird sich dessen vielfach gar nicht recht bewußt. . . Dieses Verständnis soll durch das vorliegende Buch vermittelt werden. Es soll nicht Techniker bilden, soll technisches Verständnis fördern, und da die Technik im wesentlichen wirtschaftliche Ziele verfolgt, so wird sie auch vom wirtschaftlichen Standpunkte aus dargestellt.“ Das Buch ist klar und verständlich geschrieben ohne Anwendung mathematischer Hilfsmittel. Wer Sinn hat für technisches Leben, dem wird es sicher in wirtschaftlicher Betätigung manche Anregung geben.

**Die Sozialistische Gemeinde Nr. 11 (MSP.)** ist soeben erschienen. Inhalt: Eine neue Steuerquelle im Interesse der Gemeinden. — Beamte, Gemeinden und sozialistische Gesellschaft. — Kulturförderung und Luftverkehrsabgabe. — Das „Mischverfassungsrecht“ im sächsischen Gemeindegewaltgesetz. — Ein Regiebetrieb für produktive Erwerbslosenfürsorge. — Pachzunachsteuer. — Schwimminnenricht in den Volksschulen. — Wie Berlin seine Lebensmittel heranschafft. — Kleine Nachrichten. — Aus den Gemeinden. — Aus den Parlamenten. Die Sozialistische Gemeinde erscheint 2mal monatlich. Preis der Einzelnummer 1 M., vierteljährlich 6 M. — Bestellungen bei allen Postanstalten und Parteibuchhandlungen.

**Die Soziale Bauwirtschaft** (Geschäftsstelle Berlin W 50, Augsburger Straße 61) Nr. 11 behandelt in ihrem Leitartikel „Steigerung der bauwirtschaftlichen Produktivität, ein Beitrag zur Rationalisierung der Bauwirtschaft“ zuerst im allgemeinen und dann in Beziehung auf das Baugewerbe die bestehenden Möglichkeiten für den Wiederaufbau unserer Wirtschaft angesichts der den Siegerländern gegenüber übernommenen Verpflichtungen. Das Baugewerbe als eines der Schlüsselgewerbe der deutschen Volkswirtschaft müsse sich in erster Linie dem Zwange zur Umgestaltung auf eine ertragreichere Produktionsform unterwerfen. Es gehe heute nicht mehr an, daß durch das deutsche Baugewerbe 20 Milliarden Mark umgesetzt werden müssen, um für 10 000 Anwaltskanzleien ein Honorar von einer Milliarde Mark herauszuwirtschaften, wo für die Bewältigung der künstlerischen Aufgaben 1000 Architekten genügen. Ebenjowenig Existenzberechtigung hätten in Deutschland die bestehenden 20 000 Bauunternehmerbetriebe, von denen eine

große Anzahl nur drei bis fünf Arbeiter beschäftigen, die die Inhaber zu ernähren hätten. In eingehender Begründung wird nachgewiesen, daß eine Höchstzahl von 4000 Baubetrieben zur Erfüllung aller Baubedürfnisse genügt, und daß wir es uns angeeignet unserer Lage einfach nicht mehr gestatten können, die überflüssigen 16 000 Bauunternehmer und etwa 80 000 bis 40 000 Unternehmer des Baunebengewerbes zu ernähren und die unproduktiven Geschäftskontosten, die durch unorganisierte Gerätehaltung und unorganisierte Lagerplatzmieten dieser kleinen Betriebe entständen, zu tragen. „Wir müssen zu einer geregelten Baubedarfswirtschaft kommen, die jede überflüssige Verwertung der Baustoffe und Bindung von Betriebskapital ausschließt.“ Der Artikel geht dann weiter auf die Bestrebungen kurzfristiger Unternehmensorganisationen ein, die Arbeitszeit zu verlängern, um die Produktion zu steigern. Mein rechnerisch wird der schlüssige Nachweis erbracht, daß die Verlängerung der Arbeitszeit um eine Stunde dem Baugewerbe nicht den geringsten Gewinn bringen würde. Nur die durch das Mitbestimmungsrecht entsefelte Arbeitsfreude bringe die Lösung dieser Frage. Der Artikel schließt mit dem Hinweis, daß die in ihm gegebenen Anregungen in den Kreisen der baugewerblichen Hand- und Kopparbeiter auf fruchtbaren Boden fallen werden, seien sie doch von den sozialen Baubetrieben bereits zur Verwirklichung aufgegriffen worden. „Das baugewerbliche Privatkapital wird an dem Siegewillen der Entente ebenjowenig vorübergehen können, wie an dem Siegewillen der baugewerblichen Hand- und Kopparbeiter. Zwischen diesen beiden Gegnern hat der Unternehmer zu wählen. Er hat zu wählen zwischen Erneuerung oder Untergang.“

**Der Firm, Sozialistische Rundschau** über das politische, wirtschaftliche und kulturelle Leben, erscheint halbmönatlich und ist durch alle Buchhandlungen, alle Postanstalten oder direkt vom Verlag: „Der Firm“, Berlin W 35, zu beziehen. Abonnementspreis: vierteljährlich (6 Hefte) 5,50 M.; bei Zustellung durch den Verlag 20 Pf. für Porto pro Heft extra; Einzelheft 1,20 M.; Probenummern kostenlos.

Die Neue Zeit erscheint wöchentlich einmal und ist durch alle Buchhandlungen, Postanstalten und Kolporteurs zum Preise von 19,50 M. das Vierteljahr zu beziehen; jedoch kann dieselbe bei der Post nur für das Vierteljahr bestellt werden. Das einzelne Heft kostet 1,50 M. Probenummern stehen jederzeit zur Verfügung.

Von dem bekannten und beliebten „Bautech. Taschenbuch“ von Keller befindet sich die 3. Aufl. in Bearbeitung! Verlag H. A. Ludwig Degener, Leipzig.

### Verammlungs-Anzeige.

Rein Mitglied soll fehlen. Bischofsheim o. d. Rhön. Hier am 19. Juni Bezirksversammlung im Gasthof „zum Stern“, mittags 1 Uhr (Obereisenbach, Oberriedenberg, Nordheim, Roth [Rhön], Bischofsheim.) Karlsruhe. Sonnabend, den 11. Juni, abends 1/8 Uhr, im Schöffelhof.

### Anzeigen

Entwürfe, Alphabete, Verzierungen und Grabmalsschriften zeichnet Franz Siegler, Bildhauer, Sieben (Hessen). Verlangen Sie Schriftmuster.

### Granitsteinmetz und Schleifer.

die selbständig saubere Arbeiten liefern und in allen Denkmalsarbeiten auf eingearbeitet sind, gegen tarifmäßigen Lohn sofort gesucht. Sameler Granitwerk, Sameln a. d. Weser.

### 6 tuchtige Maschinenschleifer

für Granit bei hohem Lohn sofort gesucht. Granit- und Diabaswerke, Laul Burger, Ing. Baumholder, Reg.-Bez. Trier.

### Steinmetzen

für Sandsteinarbeiten sucht zu dauernder Beschäftigung bei gutem Lohn. Auch Winterarbeit vorhanden. E. Dürr, Hengerswerda.

### Tüchtiger Grabsteinmetz.

ledig, firm in Verzierungen und Schwarzschriften, findet dauernde Stellung. Lohn 6,50 M. Nur eine tüchtige Kraft wolle sich melden. Friebohn, Bildhauerei, Zittau i. Sa.

### Tüchtige Steinmetzen, auch einen Vorarbeiter

zum sofortigen Eintritt gesucht nach Warstein zur Bearbeitung und Gewinnung von hartem Quarzgestein. Lohn gegen örtlichen Stundenlohn u. neu nach Übereinkunft zu errichtendem Akkordtarif. Angebote an: Deutsche Champagnersteinwerke GmbH, Geschäftsstelle: Porta Westphalica

### Tüchtige Steinmetzen

für Bauarbeiten in Sandstein sucht Architekt Mägig, Sagan.

### Schleifer und Polierer.

durchaus selbständig, welcher auch mit einem Vollgatter umzugehen weiß, bei gutem Lohn auf sofort gesucht. Granit- und Marmor-Industrie Freiburg i. Br., G. m. b. H., Sternwaldstraße 39.

### Ein solider Steinhauer

für dauernde Arbeit gesucht. Schriftthauen nicht erforderlich. Siegrheinische Stein- und Glasindustrie Kirchen (Sieg)

### 2 tüchtige Steinmetzen

sofort gesucht. Stundenlohn 6 Mark. Paul Bohnlich, Helsen (Hannover)

Verantwortliche Schriftleitung: Hermann Siebold, Verlag von Ernst Winkler, beide in Leipzig. Gedruckt in der „Freien Presse“, Leipzig.